Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittag außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Postzeitungsliste Nr. 8170.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 67. Dienstag, den 21. März 1905. 16. Jahrgang.

Fürstliche Almosenempfänger.

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein wie aus der Vorzeit stammender Entwurf eines Gesetzes betr. die Schadloshaltung des herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg zugegangen. Wenn man ermessen will, welchen Tiefstand der politischen Moral wir unter der Herrschaft des Dreiklassen-Wahlrechtes erreicht haben, so ist das Studium dieses Gesetzentwurfes dringend zu empfehlen. Die Herren Schönstedt, Rheinbaben, Podbielski, welche diesen Gesetzentwurf verantwortlich zeichnen, haben es mit ihrem gemeinsamen Werke zustande gebracht, daß unter heilloser Verwirrung von Rechtsbegriffen und finanziellen Interessen die neue Einrichtung von fürstlichen Almosenempfängern geschaffen wird.

Daß unsere gesamte Politik in Deutschland wie in Preußen darauf hinausläuft, auf dem Wege der Gesetzgebung den herrschenden Klassen, insbesondere den Agrariern, materielle Vorteile zu gewähren, bedarf keiner Erörterung. Neu aber ist, daß im 20. Jahrhundert die öffentlichen Mittel auch benutzt werden sollen, um gewissen Familien durch einen Akt der Gesetzgebung ohne jede Gegenleistung und ohne jeden Rechtsgrund bare Rentenzahlungen zu gewähren. Der feudale Staatszweck wird wieder die Unterhaltung privilegierter Familien, der Staat wird zu einer Art Lebens- und Renten-Versicherungsanstalt für Fürstlichkeiten, die das angenehme für die Begnadeten hat, daß sie Leistungen erkaufen ohne die geringste Prämienzahlung. Während in der berühmten sozialen Politik des Reiches die zu Krüppeln im Dienste der Industrie gewordenen Proletarier oft einen unendlichen Kampf ausfechten müssen, bis sie zu ihren kümmerlichen Renten gelangen, soll nach diesem neuen Gesetzentwurf plötzlich irgend einer gleichgiltigen Familie ein ewiger Rentenanspruch in der Höhe von 150,000 Mk. bewilligt werden.

In der großen dynastischen Revolution der Jahre 1864/66 ist Preußen mit den Rechtsansprüchen der davongejagten souveränen Fürsten ohne jeden Skrupel verfahren. Die Hohenzollernmonarchie hat damals das Beispiel einer Expropriation gegeben, die keinerlei Rücksichten kennt. Insbesondere wurde der König von Hannover und sein Gottes-Gnaden-Vetter, der Kurfürst von Hessen, ihres millionenschweren Vermögens entkleidet. Bis zum heutigen Tage sind die Fürstenhäuser nicht entschädigt worden. Gnädiger ist man seit jeher mit der Holsteinschen Fürstenfamilie verfahren. Aber man hat doch auf Grund der alten Verträge bisher nur diejenigen Zweige der Holsteinschen Fürstenfamilie durch Staatsmittel begossen, die wirklich durch die Umwälzungen des Jahres 1864 Verluste erlitten haben. Nunmehr aber soll vom preußischen Staat, nach dem obigen Gesetzentwurf, auch das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg von Staats wegen erhalten werden, obwohl es niemals regiert hat und also durch den Gottesgnadensturz von 1864/66 nichts eingebüßt hat.

Indessen die Schleswig-Holsteiner Fürstlichkeiten sind infolge bekannter Umstände gegenwärtig besonders beliebt und da sie, was in ihrem Interesse zu bedauern ist, mit irdischem Mammon offenbar mangelhaft gesegnet sind, so soll nun der preußische Staat und der preußische Steuerzahler die Aufgabe haben, sich dieser Familie anzunehmen. Daß die Herrschaften etwa durch Arbeit sich zu erhalten bemühen, da sie doch nichts zu regieren haben, auf diesen tollen Einfall kommt man in Preußen anscheinend nicht. Befänden wir uns in Rußland, so wäre der Fall sehr einfach. Der Zar würde eben diese und jene Summe aus öffentlichen Mitteln den notleidenden Herrschaften zuweisen, und was dann noch fehlen möchte, würden sie sich auf die Manier russischer Großfürsten selber zu erwerben suchen. Preußen aber ist ein Rechtsstaat, Preußen hat ein Parlament, Preußen hat eine Verfassung! So ist es also nicht mehr ohne weiteres möglich, erlauchten Familien Subventionen aus allgemeinen Mitteln nach Willkür zuzuschanzen. Die Angelegenheit muß demzufolge mit dem Schein des Rechtes umkleidet werden, und man vergißt nur, daß man durch derartige Gesetzentwürfe, in denen grundlose staatliche Subventionen für begünstigte Familien gewährt werden sollen, nicht nur die Grundlage eines modernen Staatswesens erschüttert, sondern das Recht überhaupt zu einer Posse erniedrigt. Wenn die drei verantwortlichen Minister den Drang fühlten, dem notleidenden herzoglichen Hause Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg aus öffentlichen Mitteln ein Taschengeld zu gewähren, so hätten sie auch den Mut haben müssen, diesen Anspruch ohne jede „rechtliche“ Begründung zu erheben. Sie hätten dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus einen Entwurf vorlegen sollen, in dem es einfach hieß:

§ 1. Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg bedarf dringend Geld.

§ 2. Das Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg besitzt dieses Geld nicht; geliehen wird ihm auch nicht; die Familie schenkt es ihr ebenfalls nicht; folglich hat der preußische Staat die Verpflichtung, die für die Weltgeschichte unentbehrliche Familie auf sein Konto zu nehmen.

§ 3. Das herzogliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg übernimmt als Gegenleistung die Verpflichtung, nicht auszusterben, damit sich der preußische Staat nicht der hohen Mission jemals entziehen könne, es zu unterhalten.

Zur „Begründung“ hätte es nur bedurft, einen Stammbaum aufzumalen. Diesen ehrlichen und einfachen Weg haben die drei Minister nicht gewählt, sondern der Justizminister des Königsberger Prozesses hat ein wahres Monstrum historischer Rechtsbegründung ausarbeiten lassen, um darzulegen, daß das in Geldnöten befindliche Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg das geheiligte Recht habe, vom Staate Preußen eine Unterstützung zu verlangen.

Allerdings sind die Staatsalmosen, für die die preußische Gesetzgebungsmaschine in Bewegung gesetzt wird, nicht gerade bescheiden. Die Herrschaften müssen standesgemäß leben und das kostet Geld. Es wird dem preußischen Landtag zugemutet, und es ist kein Zweifel, daß er diese Zumutung patriotisch erfüllen wird, dem herzoglichen Haus Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg eine „Schadloshaltung“ zu gewähren, welche besteht:

1. aus dem Schlosse zu Glücksburg nebst Zubehör;
2. einer vom 1. April ab vierteljährlich im voraus zu zahlenden Jahresrente von 150,000 Mark.

Die Not muß dem Hause Glücksburg auf den Fingern brennen, da erst 14 Tage vor dem 1. April 1905, an dem das Gesetz in Kraft treten soll, der Entwurf dem Landtage vorgelegt wird. Das Herrenhaus wird sich wohl aus seiner Ruhe stören lassen müssen, um rechtzeitig vor dem 1. April auch seinerseits diese Liebesgabe gegen fürstliche Verarmung zu gesetzlicher Kraft zu erheben.

In der „Begründung“ des Gesetzes wird gar nicht behauptet, daß das Haus Glücksburg irgend welche Rechtsansprüche besessen habe, die durch die Umwälzungen 1864/66 verletzt worden seien und zu deren Rückerstattung der preußische Staat nunmehr die Pflicht habe. Aber es wird dargetan, daß die Familie möglicherweise unter dänischer Herrschaft größere Vorteile hätte haben können, als ihr unter der preußischen zu teil geworden sind. Es ist ja erfreulich, daß in einem amtlichen Dokument einmal zugestanden wird, daß durch das Preußischwerden nicht immer und unter allen Umständen für die Verpreußten Vorteile erwachsen, wenn diese Ausnahme von der Regel nur nicht gerade so kostspielig für Preußen wäre!

Es sei noch erwähnt, daß der jetzige Kaiser aus verwandtschaftlichen Rücksichten sich bewogen fand, wie es in der Denkschrift heißt, „in rechtlich nicht verbindlicher Weise bis zu einer anderweitigen Regelung der Angelegenheit dem Herzog Friedrich Ferdinand eine jährliche Beihilfe zu den Unterhaltungskosten des Schlosses in Höhe von 20,000 Mk. zu zahlen“.

Das war auch der einzig mögliche Weg. Es ist ein schöner Zug der Familiensolidarität, notleidende Verwandte zu unterstützen und die drei Minister hätten wahrhaftig nicht diese Betätigung des Familiensinns durch den vorliegenden Entwurf beeinträchtigen sollen, durch den der Staat und die Mittel der Steuerzahler für Familienfreundschaft in Anspruch genommen werden sollen. Es ist doch wahrlich nicht die Aufgabe des Staates dafür bestraft zu werden, daß es arme Verwandte in herrschenden Familien gibt! Sollte es nicht als eine schwere Verletzung des monarchischen Prinzips empfunden werden, daß der Staat nun auch Familien unterhalten soll dafür, daß sie den Vorzug haben, nicht zu regieren?

Politische Uebersicht.

Südafrikanische Wirtschaft vor dem Parlament. Der Reichstag beriet am Sonnabend den Kolonialetat. Zuerst kam Deutsch-Ost-Afrika an die Reihe. Der Zentrumsabgeordnete Erzberger brachte ein ganzes Bündel von Wünschen vor, regte die Schaffung besonderer Kolonialprofessuren an und führte nicht unberechtigte Beschwerde über die Millionärszüchtung in den Kolonien, die die Regierung vermittels Verleihung von Monopolen und Privilegien an privatkapitalistische Gesellschaften betreibt. Nur Dr. Paasche und Dr. Arendt

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

59 (Nachdruck verboten.)

„Wer kommt?“ fragte die Alte giftig. „Kein Mensch. Und wenn er kommt, dann wird ihn die Polizei schon moros lehren. Er ist verrückt und ist da, wo die Verrückten hingehören.“

„Das sagst Du!“

„Pscht!“ zischte die Alte, die mit ihrem Fingernagel große Striche und Ausrufungszeichen an den Rand ihrer Zeitung machte. „Sei doch still! Ich arbeite.“

Einen Augenblick stieg in Anna der heiße Zorn auf. Sie hatte nicht übel Lust, ihrer Mutter die Blätter aus der Hand zu reißen und ihr die Fetzen vor die Füße zu werfen.

Für die Sorgen ihrer Tochter hatte diese kein Gehör. Die Befürchtungen, die Anna schlaflose Nächte bereiteten und ihr den Tag über den heiteren Sinn zum Genuß lähmten, behandelte sie als Lappalien. Sie hatte das Gefühl für alles andere verloren, außer für diese Beschäftigung, die sie Arbeit nannte. Das war, weiß Gott, ein prachtvolles Wort: Arbeit!

„Du bist sehr gut, Mama! Eine sonderbare Art von Arbeit, die Du da betreibst. Es wäre viel nützlicher, wenn Du sie sein ließest.“

Sie schenkte die Tasse voll, goß ein bißchen Milch nach, strich eine Semmel und schob der Alten beides hin.

„Nun laß mal Deine kostspielige Arbeit! Es ist wirklich zu komisch, Tag und Nacht zerbrichst Du Dir den Kopf, wie Du mein Geld am raschesten klein kriegst.“

„Willst Du mir Vorwürfe machen, Anna?“

„Ich mache Dir keine Vorwüre, ich amüsiere mich bloß. Du sitzt da in einem Schlafrock, den man kaum noch Schlafrock nennen kann, Dein Budget für die übrige Toilette ist auch minimal, essen tust Du so viel wie 'ne Maus — und doch verschlingst Du mehr Geld, als wir alle zusammen.“

Geängstigt, daß man ihr das, was ihren Lebensinhalt bedeutete, nehmen könnte, sah Frau Düsbach die Tochter an.

„Ich habe in der letzten Zeit Verluste gehabt, Anna. Wenn Du etwas von der Börse verstündest, wenn Du wenigstens Lust hättest, Dich belehren zu lassen . . .“

„Ich werde mich hüten!“

„Dann würdest Du kein Wort darüber fallen lassen. Daß man verliert, ist ein Unglück. Aber es kann mal vorkommen.“

„Dir passiert das aber in einem fort.“

„Das ist nicht wahr!“ sagte die Alte leidenschaftlich. „Anna bedenke doch, daß alles nur deinetwegen geschieht. Wenn Horstmann stirbt und Lotte mündig wird, bist Du auf ihre Gnade angewiesen. Aber bis dahin habe ich Dein Vermögen verdoppelt.“

„Was bis dahin ist!“ erwiderte Anna mit melancholischem Spott. „Reden wir lieber nicht davon! Aber meinetwegen spekulier' Du weiter. Ohne das kannst Du ja nicht leben. Und vielleicht hast Du auf Deine alten Tage noch Glück. Lehrgeld hast Du wenigstens genug bezahlt. Und wenn Du Pech hast . . .“

„Beschrei es auch noch! Ich habe jetzt etwas vor, das muß gelingen. Du darfst mich nur nicht irre machen.“

„Und ich habe auch etwas vor,“ sagte Anna. „Ich werde an Bert auf fünf Jahre hunderttausend Mark leihen, damit er seine Architektenpläne wieder aufnehmen kann.“

Sprachlos, als wenn sie, Gott weiß, was für eine Entsetzlichkeit vernommen hätte, starrte Frau Düsbach ihre Tochter an.

„Was willst Du?“

„Ich bin's satt, daß Bert immer da sitzt und seine schönen Kräfte in Nichstun vergeudet. Er hat ein phänomenales Talent. Wenn er sich blos ein bischen dazu hielte, könnte er geradezu was Großartiges leisten. Ich will ihm nun auf die Sprünge helfen. Ich gebe ihm die nötigen Barmittel, damit er sich mit einem alten Bekannten, einem sehr tüchtigen Geschäftsmann, assoziieren kann. Die beiden wollen in der Inselstraße Häuser auf Spekulation bauen. Das Terrain ist dort sehr billig für die schöne Lage. Mir scheint das eine prächtige Idee.“

„Anna, liebes Kind, wie kannst Du das tun! An Bert hunderttausend Mark geben — damit er ein Geschäft anfängt! Was hat er denn gelernt, dieser geborene Müßiggänger, der zeitlebens nur das Geld aus dem Fenster geworfen hat. Häuser in der Inselstraße! Herr des Himmels, wißt Ihr denn nicht, daß jeden Winter das Grundwasser in die Häuser kommt? Meine liebe, gute Tochter, hunderttausend Mark, das ist ein Vermögen! Das ist ein Loch, was sich nicht wieder zustopfen läßt.“

„Na, wenn schon,“ erwiderte Anna grob, „wenn Du das Geld per tausend hinauspfefferst, werfe ich mal hunderttausend hinaus.“

„Ich hinauspfeffern! Du bist wahnsinnig! . . .“

„Basta! Ich bin nicht wahnsinnig! Ich weiß was ich tue. Es bleibt dabei.“

Aber die Alte preßte sich Tränen aus den runzeligen Augen und bedeckte die Hände ihrer Tochter mit Küssen.

„Kind, halt das schöne Geld fest! Es ist das Beste, was Du hast. Nimm wenigstens die Hälfte!“

„Keinen Pfennig weniger.“

„Und wenn“ — die Alte stockte, ihre Stimme sank zu einem tonlosen Flüstern — „wenn Horstmann wiederkommt? . . .“

„Dann blüht mir das Gefängnis. Ebenso gut wie Dir. Aber es ist mir jetzt egal . . . Hörst Du, es hilft kein Heulen. Bert bekommt hunderttausend Mark. Wenn ich ihm weniger gäbe, das sähe wie ein Geschenk aus, das wäre gemein anzunehmen. Er ist mein Liebstes auf der Welt. Um seinetwegen sitzt Gustav im Narrenhaus, um seinetwegen komme ich vielleicht ins Gefängnis — bon, ich hab's gewollt. Und da sollte ich für ihn nicht mal hunderttausend Mark opfern? Wofür faulst das Geld da? Wenn Gustav zurückkommt, und er kommt zurück, das weiß ich so genau, wie ich weiß, daß ich mal graue Haare bekomme, häßlich werde und sterben muß. Er kommt wieder — ach, und dann wird er Augen machen, der arme Schelm! Da tun ihm meine hunderttausend auch nicht mehr weh. Wir sitzen ja alle in seinem Schmalztopf, Du und Alice und Dehwitz, der Biedermann und der Kutscher und die Köchin, ein ganzes Rattennest. Hier gehts nun mal wild her. So will ich auch dabei sein, zugreifen und dem Liebsten auf die Beine helfen. Was später kommt, schiert mich wenig. Adieu!“

Sie brach in ein hysterisches Lachen aus und ging hinaus, die Tür hinter sich zuschlagend.

An demselben Tage machte sie ihrem Freunde das Anerbieten. Bert sträubte sich ein wenig, aber nicht mehr, als es der Anstand erforderte. Im Grunde war er viel zu galant, um nein zu sagen. Anna, die dies fast befürchtet hatte, war über seine Bereitwilligkeit zu Tränen gerührt. Sie zog seinen Kopf an ihre Brust und drückte einen mütterlichen Kuß auf seine Stirn, indem sie murmelte:

„Hoffentlich bringt das Geld Dir Segen.“

Bert faltete seine Hände zwischen den Knieen und sagte nach einer Weile gedankenvoll:

„Siehst Du, mein Schatz, es gibt doch 'ne Art von Gerechtigkeit auf der Welt. Ich habe für die lieben Weiblein so viel Haare und Papas schönes Geld gelassen, bin jetzt gerade da angelangt, was man das niveau de rien nennt, und nun kommt so ein Engel vom Himmel, der mir wieder auf die Beine hilft. Wenn ich je was Schlechtes über die Frauen gesagt habe, nehme ich's jetzt wieder zurück. Alles in allem genommen, sind sie zehnmal besser als unsereins.“

So wurde das Baugeschäft von „Holleder u. Co.“ denn eröffnet. Bert stellte bei Schulte eine Reihe von Plänen und Skizzen aus, die vielen Beifall fanden. Eine Weile gefiel er sich in seiner neuen Rolle als der [illegible] Arbeit überhäufte, von großen Plänen schwangere Geschäftsmann. Anna war glücklich über seine Wandlung. Sie nannte ihn nur noch ihren „Hof- und Leibarchitekt“. Noch im Winter wurde mit dem Bau des ersten Hauses in der Inselstraße begonnen.

(Fortsetzung folgt.)

warfen sich zu unbedingten Verteidigern dieses Kolonialkapitalismus auf; den letzteren führte sein Spaziergang durch die verschiedenen Zweige der Kolonialverwaltung auch auf das ihm naheliegende Gebiet des Verhältnisses der verschiedenen Konfessionen zu einander. Genosse Dr. Südekum pflichtete dem Verlangen nach besonderen Kolonialprofessuren bei, fügte aber die Forderung hinzu, daß die Inhaber dieser neuen Lehrstühle sich ganz besonders mit der Erforschung der Eingeborenenrechte beschäftigen sollen. Unser Fraktionsredner machte auch auf die Möglichkeit eines Eingeborenen-Aufstandes in Ost-Afrika aufmerksam, was Großpapa Richthofen zu dem etwas komischen Versuche bewog, eine gepanzerte Faust gegen den Kilimandscharo zu ballen. Beim Etat von Kamerun machte der Kolonialdirektor Dr. Stübel die angenehme Mitteilung, daß wegen befürchteter Unruhen im Nachtragsetat eine — Vermehrung der Schutztruppe um 2 Kompagnien gefordert werden wird. Beim Etat für Togo sang Abg. Rören das Loblied der katholischen Mission, während Kolonialdirektor Dr. Stübel für die Kolonialbeamten eine Einlebungspause zur Gewöhnung an die landesüblichen afrikanischen Moralanschauungen verlangte. Beim Etat für Süd-West-Afrika tadelten Genosse Ledebour und der Antisemit Lattmann die Landesspekulationen der großen Kapitalgesellschaften, die es verstehen, den Bodenpreis afrikanischen Landes fast auf die Höhe großstädtischer Terrainpreise heraufzutreiben. Der Kapitalistenfreund Dr. Paasche trieb durch laute Privat-Unterhaltungen Obstruktion gegen diese ihm unangenehmen Erörterungen. Der Etat für Samoa gab dem Genossen Dr. Südekum Veranlassung, die Mißhandlung deutscher Farmer durch eingeborene Polizisten zu rügen. Am Montag beginnt die Beratung der Militär-Vorlage.

Mit der Bergnovelle, die doch die Arbeiter-Forderungen berücksichtigen sollte, sind die Führer des Bergarbeiter-Verbandes absolut nicht zufrieden, wie von einigen bürgerlichen Blättern behauptet wird. Eine Anzahl der Bramien — soweit dieselben gerade anwesend waren — erläßt nämlich gegenüber einer solchen Notiz, daß sie im allgemeinen zufrieden seien mit dem Gesetzentwurf, eine Erklärung, in welcher sie das bestreiten und ferner sagen:

Gewiß hat die Regierung ihre Zusage, eine Berggesetznovelle dem Landtage einzubringen, gehalten; **aber die Forderungen und Wünsche der Bergarbeiter haben in dieser Gesetzesvorlage nicht die geringste Berücksichtigung gefunden.**

Sollte die Vorlage in dieser Fassung Gesetz werden, so kann nur von einem Berg-Not-Gesetz in des Wortes wirklichster Bedeutung die Rede sein.

Bochum, 15. März 1905.

Heinrich Bartels. Albert Seifert. Paul Horn. Friedrich Waldbecker. Heinrich Hansmann. Georg Wißmann. Fr. Hufemann. Albin Böhm.

Neue Opfer für die Sandwüste. Nach einem amtlichen Telegramm aus Windhuk haben in dem Gefecht bei Geibanges am 11. März die deutschen Truppen folgende Verluste erlitten:

Gefallen: Leutnant Eduard Fürbringer, geb. in Emden, früher Jäger-Bataillon 9 (Ratzeburg).

Schwer verwundet: Feldwebel Gustav Mesech, geboren in Klein-Blumenberg, früher sächs. 10. Inf.-Regt. 134 (Brustschuß); Unteroffizier Peter Jensen, geboren in Schleswig, früher Kaiser Alexander-Garde-Gren.-Regt. (Schuß in den rechten Oberschenkel); Unteroffizier Andreas Schwinn, geb. in Bamberg, früher bayer. Eisenbahn-Bat. (Brustschuß); Reiter Friedrich Riedecker, geboren in Halscheid, früher 19. Pionier-Bat. in Straßburg i. E. (Brustschuß); Reiter Johann Gehnen, geb. in Krefeld, früher Füsilier-Regt. 39 in Düsseldorf (Schuß in beide Oberschenkel); Kriegsfreiwilliger Franz Kopf aus Langenenslingen bei Sigmaringen.

Leicht verwundet: Leutnant August Funk, geboren in Triepkendorf, früher Infanterie-Regiment 52 in Cottbus (Schuß in den rechten Oberschenkel); Leutnant Herbert Bavel, geb. in Erfurt, früher Grenadier-Regiment 2 in Stettin (Streifschuß in die rechte Hand); Leutnant Kurt Wolff, geb. in Krefeld, früher Feldartillerie-Regiment 43 in Wesel. Unteroffizier Wilhelm Dartsch, geboren in Rudlow, früh. Infanterie-Regiment 85 in Rendsburg (Schuß in den linken Oberarm); Unteroffizier Edwin Eckardt, geb. in Zwötzen, früher 1. Sächsisches Pionier-Bataillon 12 (Streifschuß am Hals); Reiter Friedrich Geboer, geb. in Karlshafen, früher 5. Husar.-Regt. in Stolp (Streifschuß am linken Knie).

Südlich von Okehandja wurde im Gefecht mit den Herero am 14. März verwundet: Unteroffizier Ewald Friedrich, geb. in Magdeburg, früher Feldart.-Regt. 22 in Münster (Schuß in das rechte Fußgelenk).

Ein weiteres Telegramm aus Windhuk meldet: Reiter Kurt Enk, geb. in Mühlorff, früher 7. Pionier-Bataillon (Deutz) am 13. März in der Krankensammelstelle in Kalkfontein am Typhus gestorben. — Reiter Alfons Rittershofer, geb. in Straßburg i. E., früher Infanterie-Regiment 138 (Straßburg) am 12. März auf der Jagd **durch Unvorsichtigkeit erschossen worden.** — Der seit dem 15. Februar vermißte Reiter Emil Bergmann, geb. in Damm, früher 3. Garde-Regiment, ist nördlich von Hatakobis wieder aufgefunden worden und befindet sich gesund bei der Truppe.

William II. and his consort. Die vierte Berliner Strafkammer erkannte am Donnerstag auf Einziehung des in London erschienenen Buches: The privat lives of William II. and his consort. (Das Privatleben Wilhelm II. und seiner Frau.) In einzelnen Stellen des Buches, die unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durch den vereideten Dolmetscher Justizrat Dr. Schneider übersetzt wurden, wurden Majestätsbeleidigungen erblickt.

Der Brief des „vaterlandslosen Gesellen" August Bebel, an den Genossen Jaurès ist so recht geeignet, das dumme Geschwätz von der besonderen Vaterlandsfeindlichkeit der deutschen Sozialdemokraten abzutun. Aber unsere Patentpatrioten wissen sich zu helfen. Die „Kreuz-Zeitung" z. B. ist trotz des Bebels-Briefes nicht geneigt, auf das höchst nationale Argument, daß die deutsche Sozialdemokratie die vaterlandslosesste Sozialdemokratie sei, zu verzichten. Um diesen geistvollen Beweis nach wie vor beizubehalten, bedient sie sich einer Fälschung. Sie streicht alles aus dem Brief Bebels, was auf den Anlaß hindeutet — der patriotische Bebel und der vaterlandslose Jaurès! — sie teilt nur die Begründung der Ablehnung des Militarismus mit und fügt, als wäre nichts geschehen hinzu:

In Frankreich dürfte es wenige Leser dieses Briefes geben, die nicht zu dem letzten Satz den Kopf schütteln; denn in Frankreich gilt derjenige allgemein als der elendeste aller Volksgenossen, der dem Vaterlande den Schutz gegen seine äußeren Feinde verweigert. Nur ein deutscher Sozialdemokrat kann mit solcher Gesinnung noch vor dem Auslande zu prahlen versuchen.

Und dasselbe halten doch gerade die französischen Kreuzzeitungsmänner von ihren Sozialdemokraten behauptet! Aber wenn man nur ein Argument im Schädel hat, so kann man es unter keinen Umständen preisgeben — lieber fälschen!

Neue Vorschriften über den Verkehr nichtdeutscher Auswanderer über die preußisch-russische Grenze hat der Minister des Innern im Verein mit dem Handelsminister erlassen. Danach wird den ausländischen Auswanderern das Passieren der Grenze nur gestattet, wenn sie einen ordnungsmäßigen Paß, eine Schiffskarte, für eine in Deutschland konzessionierte Gesellschaft zur Fahrt nach außerdeutschen Häfen, eine Eisenbahnfahrte zum Einschiffungshafen und ausreichende Barmittel besitzen, welche die Aufnahme am Reiseziel oder bei Zurückweisung die Rückbeförderung in die Heimat gewährleisten; und gilt als Minimum für Erwachsene der Betrag von 400 Mk., für Kinder unter zehn Jahren von 100 Mk. Die Vorschriften treten sofort in Kraft. Die Früchte dieser neuen Maßregel werden sich ja bald zeigen.

Aus dem Poker-Lande. Der Meineidsprozeß gegen den Kellner Meyer, ein Opfer des Ruhstratprozesses, dürfte trotz der vorgenommenen inquisitorischen Maßnahmen gegen den Beschuldigten, voraussichtlich nicht den Ausgang haben, den die Staatsanwaltschaft und Ruhstrat erwarten. Der „Gemeinnützige" in Oldenburg erklärt auf Grund der bisherigen Zeugenvernehmungen, daß das Material gegen Meyer immer mehr auf fahrlässigen Falscheid zusammenschwinde. Eine Reihe der vernommenen Kellner soll ausgesagt haben, sie hätten in dem fraglichen Lokalen und zu der fraglichen Zeit in der Tat gesehen, daß in den Gesellschaftskreisen, mit denen Minister Ruhstrat Verkehr gepflogen hätte, „Lustige Sieben" gespielt worden sei; keiner der Zeugen hat aber, soweit verlautet, darüber eine bestimmte Aussage machen können, ob tatsächlich der Minister sich an dem Spiel beteiligt habe. Dem Kellner Meyer sei von den zahlreich vernommenen Berufskollegen ein sehr gutes Leumundszeugnis ausgestellt worden.

Neue deutsche Briefmarken werden am 1. April für Deutsch-Ostafrika ausgegeben. Die neue Ausgabe der Marken ist durch die Neuordnung des Münzwesens im Schutzgebiet bedingt. Es tritt dort an Stelle der Rechnung nach Pesa die Rechnung nach Heller ein. Eine Rupie ist gleich 100 Heller, statt 64 Pesa, wie bisher. Es gibt neue Marken zu 2½, 4, 7½, 15, 20, 30, 45 und 60 Heller. Die Marken von 2½ bis 30 Heller entsprechen in den Farben den heimischen zu 3, 5, 10, 20, 25 und 40 Pf. Ganz neu ist die Marke zu 45 Heller. Das Papier dieser Marke ist weiß. Sie erhält einen violetten Rahmen, während das Markenbild und die Angabe des Schutzgebietes und des Wertes in Schwarzdruck hergestellt sind. Postkarten gibt es zu 4 und 7½ Heller mit dem entsprechenden Aufdruck. Das Markenbild bleibt dasselbe wie bisher: die Abbildung eines Aoiloß. Die bisherigen Wertzeichen zu 1, 2 und 3 Rupien bleiben unverändert.

Etwas für Varietäten-Sammler. Anläßlich der Vermählung des Kronprinzen soll eine Medaille geprägt werden, die die Bildnisse des Kronprinzen und der Herzogin Cecilie zeigt. Die Medaille soll in der Königlichen Münze hergestellt werden. — Es wird sicherlich manchen geben, der sich so etwas kauft und glaubt, etwas Besonderes zu besitzen!

Der Gräfin Montignoso, der geschiedenen Frau des sächsischen Königs, sollen ihre Bezüge gesperrt worden sein. Die von der Montignosowartei in Dresden in Umlauf gesetzte Zeichnungsliste für die durch die Sperre der Apanage mittellos gewordene Gräfin wies über 4000 Zeichnungen mit über 41,000 Mk. auf. Dieses Geld soll der Gräfin u. a. auch die Einklagung ihrer Mitgift ermöglichen. — Da sind die sentimentalen Bourgeoiskreise also schnell mit Geldmitteln zur Hand. Wenn Arbeiter mehr Lohn fordern, schreien sie dagegen Zeter und Mordio.

Arbeiterbewegung.

Das Zentral-Arbeitersekretariat hat im Jahre 1904 ein großes Arbeitspensum erledigt. Die Zahl der Streitsachen betrug 968 gegen 633 im Jahre 1903. Die Korrespondenz ist dementsprechend außerordentlich gestiegen. Sie verzeichnet an Eingängen 3739 gegen 1640 im Jahre 1903, die Ausgänge beziffern sich auf 4993 gegen 1839 im Jahre 1903. Die schriftlichen Arbeiten mit dem Reichsversicherungsamt bezw. den Schiedsgerichten waren ebenfalls umfangreich. Die Anzahl der wahrgenommenen Termine 1904 betrug: Zahl der Terminstage 240, Anzahl der Termine 992. 1903 betrug die Anzahl der Termine 608. Der Bericht fügt diesen Zahlen hinzu, daß an einigen Tagen 10—14 Termine wahrzunehmen waren. Bei solchen Verhältnissen sei es notwendig, einen zweiten Sekretär hinzuzuziehen, zumal wenn es sich um komplizierte Sachen handele. Durch die Arbeitersekretariate sind im Geschäftsjahr 536, von den Gewerkschaftskartellen 27, von den Gewerkschaften 91, von den Klägern 129, von befreundeten Personen 184 Streitsachen übernommen.

Das Arbeitersekretariat Breslau wandte sich in 7 Fällen, das Sekretariat Kattowitz in 21 Fällen an die Zentrale. In 176 Fällen mußte das Zentral-Arbeitersekretariat nach Einsichtnahme der Akten die Vertretung ablehnen, da ein Erfolg nach Lage der Sache absolut ausgeschlossen war. Die hohe Bedeutung der Zentrale läßt sich so recht ermessen, wenn wir uns die Zahlen näher ansehen, die sich mit den zu Gunsten bezw. Ungunsten der Verletzten ausgefallenen Sachen beschäftigen. Danach sind von den 684 vor dem Reichsversicherungsamt mündlich vertretenen Rekursen 236 zu Ungunsten der Verletzten bezw. Hinterbliebenen ausgefallen. Prozentual sind also 50,87 Prozent der Fälle zu Gunsten der Verletzten entschieden.

An Invaliden-Streitsachen gingen 1904 beim Zentral-Arbeitersekretariat nur 35 ein, dazu kamen 5 unerledigte Sachen aus 1903. Erledigt sind 37, davon sind nur 9 als wirklich ungünstig ausgefallene Sachen zu betrachten. Die durch das Zentral-Arbeitersekretariat vertretenen Kläger gehörten zum überwiegenden Teile den Verbänden der Bergarbeiter, Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, Maurer und Holzarbeiter an. Von den Klägern waren 185 unorganisiert bei 751 erledigten Sachen.

Interessant ist die Tatsache, daß auf die Frage, ob der Verletzte seinen ehemaligen Beruf wieder ausüben könne, von 669 455 mit nein, 195 mit ja und 19 angaben, daß sie teilweise ihren alten Beruf wieder ausüben können.

Was die Wahlen der Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden und den Ausschüssen der Versicherungsanstalten anbetrifft, so erwähnt der Jahresbericht, daß das Zentral-Arbeitersekretariat überall tätig eingreifen und Anweisungen geben mußte. Es hat dabei die Erfahrung machen müssen, daß ein großer Teil der Kartelle den Aufgaben nicht gewachsen war. Es heißt weiter im Bericht:

„Von den Gewerkschaftskartellen hatten sich bisher nur wenige um die Krankenkassen-Organisationen und Verwaltungen gekümmert. Aus großen Industriestädten mit einer fortgeschrittenen Arbeiterschaft ist uns die Antwort zugegangen, man stehe mit den Verwaltungen der Kassen, im besonderen mit den Vorständen, in keiner Beziehung. Diese Einflußlosigkeit ist natürlich auf einen Mangel in der Tätigkeit der Kartelle zurückzuführen, denn zu den Aufgaben der Kartelle gehört es, dahin zu wirken, daß Leute in die Krankenkassenvorstände gewählt werden, die mit der modernen Arbeiterbewegung im innigen Konnex stehen. Die Wahlen haben für die Arbeiter eine große Bedeutung, da die Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde bei Beurteilung, ob eine Invalidenrente zu gewähren oder abzulehnen ist, mitwirken. Kurz dargestellt ist das die wichtigste Befugnis."

Zum Schluß wird hervorgehoben, daß das Verhältnis des Sekretariats zum Reichsversicherungsamt ein durchaus zufriedenstellendes war und ferner der Wunsch laut, das vollständige Aktenmaterial und die Information rechtzeitig und nicht erst ein paar Tage vor Stattfinden des Termines zugängig zu machen.

Die Berliner Organisation des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat im verflossenen Jahre eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl ist von 35,741 auf 44,875 gestiegen. Besonders bemerkenswert ist die Zunahme der organisierten Metallarbeiterinnen im letzten Jahre von 1671 auf 3871. Auf die einzelnen Branchen verteilt sich die Mitgliederzahl wie folgt: Schlosser und Maschinenbauer 12,108, Fräser, Hobler, Bohrer usw. 6345, Dreher 5803, Mechaniker 2884, Klempner 2554, Gürtler 2424, Former 2295, Rohrleger 1928, Metallschleifer 1251, Schmiede 750, Bauanschläger 748, Metallbrücker 704. Der Rest verteilt sich auf die weiblichen Kräfte und auf die übrigen Berufsgruppen von je unter 500 Mitgliedern. Was die Kassenverhältnisse betrifft, so belief sich die Jahreseinahme auf 1,080,992.64 Mk., der eine Ausgabe von 1,020,442.65 Mk. gegenübersteht, mithin blieb ein Kassenbestand von 60,549.99 Mk. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkasse bilanzieren in der Summe von 625,106.24 Mk. bei einem Kassenbestande von 129,085.41 Mk. Neben Streik- und Arbeitslosen-Unterstützung 2c. wurden allein für Rechtsschutz 46,978.71 Mk. bezahlt. Diese enorm hohe Summe erklärt sich aus den massenhaften Streikpostenprozessen und der Zahl der Strafmandate wegen „verkehrsbehindernder" Streikvergehen. Im ganzen regnete es 543 polizeiliche Strafmandate. Gegen 220 davon wurde richterliche Entscheidung beantragt, was zumeist auch die Freisprechung der Angeklagten zur Folge hatte. Von den zahlreichen Lohnkämpfen (13 Angriffsstreiks, 24 Abwehrstreiks, 4 Aussperrungen) war natürlich der vor kurzem beigelegte in der Berliner Gelbmetallindustrie der bedeutendste. Die opferwillige Solidarität aller Metallarbeiter geht am besten daraus hervor, daß allein für diesen Kampf zur Unterstützung der Streikenden und Ausgesperrten 156,915.44 Mk. eingegangen waren.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, 20. März 1905.

Auf, ins Gewerkschaftshaus!

Das muß am heutigen Montag Abend die Losung der Breslauer Arbeiterschaft sein. Die Gedenkversammlung muß sich zu einem wuchtigen Protest gegen Unfreiheit und Volksbedrückung, gegen alle Feinde einer wahrhaft volksbeglückenden Freiheit gestalten!

---

* **Eine Aktiengesellschaft für Simplicissimus-Reklame** ist in Breslau im Werden begriffen. Das hiesige Organ für Auffrischung und Erhaltung der Sittlichkeit — in den unteren Volksklassen — die „Schlesische Zeitung" enthält in der letzten Nummer folgendes Inserat:

Vereinigung „Anti-Simplicissimus" vorgeschlagen durch Verpflichtung Wohlgesinnter, das Blatt nicht zu lesen und Lokale, in denen es ausliegt, zu meiden. — Keine Beiträge. — Zustimmungserklärungen erbeten unter A. S. 33,357 Breslau hauptpostlagernd, worauf Anknüpfung erfolgen würde.

Wie wir hören, beabsichtigt der „Simplicissimus", die „Schlesische Zeitung" in die Liste seiner besten Förderer, als da sind zelotische Pfaffen, hypereifrige Staatsanwälte, frömmelnde Minister, hysterische Sittlichkeitsfexe, nörgelnde Hypochonder 2c. als Ehrenmitglied aufzunehmen.

Einige Sittlichkeitseiferer waren bereits heute bei uns auf der Redaktion. Sie möchten gerne Aktionär dieser Gesellschaft werden, erklärten sie, fürchteten aber, der Staatsanwalt könne gegen diesen offenbaren Terrorismus und Boykott einschreiten. Wir haben den Leuten erklärt, in Breslau könnten sie nach dieser Richtung ganz beruhigt sein.

* **Ganz nette Geschäfte** machen die Herren, die ihr Geld in Breslauer Straßenbahn-Aktien anlegen. Sie brauchen nichts dafür zu leisten und kriegen am Jahresschluß ein hübsches Sümmchen herausgezahlt. Die Verwaltung und der Aufsichtsrat schlagen der Generalversammlung der Breslauer Straßeneisenbahn-Gesellschaft vor, in diesem Jahre nach reichlichen Kapitalabschreibungen noch 8¼ Prozent als Dividende zu verteilen. Im Vorjahre gab es 7¼ Prozent. Die Angestellten, die solche Verdienste erarbeiten, sind trotzdem schlecht gestellt.

* **Den Amtsvorsteher in Brockau beleidigt** zu haben, waren der Rechtsanwalt Dr. Bohn in Breslau und der Redakteur Seidel des „Brockauer Anzeigers" beschuldigt, doch hatte das Landgericht Breslau am 4. Oktober v. J. die beiden Angeklagten freigesprochen, weil ihnen der Schutz des § 193 Str.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugesprochen wurde. Die von der Staatsanwaltschaft gegen dieses Urteil eingelegte Revision hat der vierte Strafsenat des Reichsgerichts als unbegründet verworfen. Die Veranlassung war ein in dem „Brockauer Anzeiger" erschienener „Offener Brief" des Dr. Bohn, welchen dieser als Vertreter und Rechtsbeistand des Bau- und Sparvereins in Brockau, gegen verschiedene in der „Brockauer Zeitung" erschienene Artikel gerichtet hatte. Jene Artikel beschäftigten sich mit einer Verfügung über den Anschluß zur Kanalanlage, deren Aufhebung der Bauverein beantragt hatte und waren in der Abwehr gegenüber Veröffentlichungen seitens des Amtsvorstehers in dem zweiten Brockauer Lokalblatte geschrieben. Das Landgericht hatte angenommen, daß Bohn als Mitglied der Genossenschaft und kraft speziellen Auftrages befugt gewesen sei, jene Artikel zu schreiben und zu veröffentlichen.

* **Der Verband der Bauhilfsarbeiter** hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Es wurde der Lohntarif pro 1905 beraten — der mit den Arbeitgebern im Jahre 1904 geschlossene Tarif läuft Pfingsten dieses Jahres ab. Die Lohnkommission hat für 1905 einen Tarif aufgestellt, den die Versammlung zur Annahme empfiehlt. Gegen den alten Tarif weist der neue einige Aufbesserungen auf. Kollege Langer begründete in längerer Ausführung die Notwendigkeit einer Besserung der Löhne. Nach längerer Debatte wurde die Versammlung sich schlüssig, mit folgendem Tarif an den Arbeitgeberbund heranzutreten:

1. Für Kalklöschen bei vorhandener Wasserleitung pro Zentner 8 Pfg., pro Waggon von 200 Zentner 16 Mk.
2. Kalklöschen aus in der Nähe befindlichem Brunnen nach Vereinbarung.
3. Für Ausschachten von Baugruben, je nach je nach der Beschaffenheit des Bodens und der Entfernung pro Kubikmeter 50 bis 60 Pf.
4. Für Ziegel-Transport ohne Maschine für 1000 Steine
   a) in die Fundamente, Keller und Parterre 1.50 Mk.;
   b) hochparterre, wo der Fußboden nicht über 3 Meter über dem Trottoir liegt, 1.85 Mk.;
   c) für das 1., 2. und 3. Stockwerk je eine Zulage von 70 Pf.
   d) in das 4. Stockwerk und Dachgeschoß 80 Pf. Zulage

5. Für Ziegel-Transport mit Maschine für 1000 Steine: In den 1. Stock 2 Mk., für jedes höhere Stockwerk eine Zulage von je 50 Pf.

6. Für Kalk-Transport ohne Maschine für 1000 vermauerte Ziegel: Nach dem Fundament, Keller und Parterre 1.80 Mk., Hochparterre 1.60 Mk., 1., 2. u. 3. Stockwerk mehr je 60 Pf.; für das 4. Stockwerk rc. 70 Pf.

7. Für einfache Verspachtelung der Einschneidedecke mit Lehm einschließlich Beschütten mit Asche bis durchschnittlich 18 Zentimeter Beschüttungshöhe pro Quadratmeter 17 Pf.

8. Für Betragen der Einschneidedecke ganz mit Lehm pro Quadratmeter 22 Pf. ohne Abzug der Balken.

Der Normallohnsatz für Bauhilfsarbeiter beträgt pro Arbeitsstunde 37 Pf., jugendliche Arbeiter bis 17 Jahre, Invaliden rc. nach freier Vereinbarung.

Für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, sowie für Wasser- und Feuerungsarbeiten beträgt der Stundenlohn 43 Pf. Für Kalkstößer bei größeren Bauten 40 Pf. pro Stunde. Das Lohn für volljährige Kalkträger 50 Pf. mit einer Etagenzulage von 2 Pf. Steinträger 55 Pf. mit gleichfalls einer Stockwerkszulage von 2 Pf. Bei den Akkordsätzen ist den Trägern ein Stundenlohn von 60 Pf. zu bewilligen. Die Arbeitszeit richtet sich nach der Arbeitsordnung der Maurer und Zimmerer.

Hierauf berichtete Kollege Machol über die Gaukonferenz in Görlitz. Die Konferenz habe ergeben, daß es mit dem Verbande überall in erfreulicher Weise vorwärts geht. Bis zum Jahre 1903 hatte der Verband 30,000 Mitglieder, in den 2 Jahren bis 1905 ist es um 20,000 gewachsen. Diesem Wachstum sei es zu verdanken, daß bessere Lohnverhältnisse eingetreten sind. Die Gauleiter hatten ihre Schuldigkeit in vollem Maße getan. Es wurden alsdann noch Verbandsangelegenheiten besprochen.

* **Der Stadtverordneten-Versammlung** wartet für Donnerstag eine schwere Arbeit. Außer 34 alten Vorlagen sind nicht weniger als 88 neue auf die Tagesordnung gesetzt worden, darunter eine große Anzahl der im Ausschuß vorberatenen Einzeletats. Die Etats für die Betriebswerke sind noch nicht darunter. Dessen Beratung scheint den Ausschüssen wohl besondere Kopfschmerzen zu machen? Vor der Tagesordnung soll Stadtv. Kunde wieder in sein Amt eingeführt werden.

Agitations-Bezirk Langenbielau.

Entsprechend dem Beschluß des Liegnitzer Parteitages haben die Vorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine des Wahlkreises Reichenbach-Neurode eine Agitations-Kommission, bestehend aus fünf Genossen gewählt, mit dem Sitz in Langenbielau. Wir berufen nun hiermit eine

Bezirks-Konferenz

für Sonntag, den 26. März 1905, Vormittags 11 Uhr, in die Bergbrauerei in Ober-Langenbielau und ersuchen die Genossen der zum Agitationsbezirk gehörenden Wahlkreise Hirschberg-Schönau, Landeshut-Jauer-Bolkenhain, Waldenburg, Striegau-Schweidnitz-Freiburg, Glatz-Habelschwerdt, Frankenstein-Münsterberg Delegierte zu dieser Konferenz zu entsenden. Den Wahlvereinen des Wahlkreises Reichenbach-Neurode steht es frei, sich ebenfalls durch Delegierte vertreten zu lassen. Vorläufige Tagesordnung: 1. Wie soll die Agitation im Bezirk gestaltet werden? 2. Sollen Beiträge der einzelnen Kreise an die Kommission festgesetzt werden und wenn ja, in welcher Höhe? 3. Verschiedenes. Die Delegierten wollen beachten, daß sie nicht etwa schon in Langenbielau, sondern erst in Station Ober-Langenbielau aussteigen müssen.

Die Agitations-Kommission.

J. A.: August Kühn, Ob.-Langenbielau, Kreisvertrauensmann.

An dessen Adresse sind auch Zuschriften in obiger Sache bis auf weiteres zu richten.

Kattowitz, den 18. März. Freisinnige Polizeifrömmigkeit. Vor einigen Tagen berichtete die „Volkswacht", daß der Arbeiter Viktor von Polizisten arg mißhandelt, seine Beschwerde dagegen von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen sei. Ein großer Teil der bürgerlichen Blätter, sogar freisinnige, bezeichneten auf Grund dieser Mitteilungen das Vorgehen der Polizei als unerhört und die „Frankf. Ztg.", ein demokratisches Börsenblatt, kündigte an, daß der Fall im Reichstage zur Sprache kommen werde. Davor zitiert nun das „freisinnige" Tageblatt. Es übernimmt den Bericht über die Polizistengeschichte aus der „Frankf. Ztg." und fügt im echt freisinnig-nachmärzlichen Stil hinzu:

„Ein wenig übertrieben hat der Berichterstatter der „Frankf. Ztg.". Die Behauptung, daß unsere Bevölkerung gar so schlecht mit der Polizei steht, trifft nicht zu. Meist sind es nur Rowdies und Radaumacher, die mit der Hermandad „auf gespanntem Fuß" stehen. Ausnahmen kommen natürlich auch hier vor. Die Erbitterung über den Fall ist nicht so allgemein, wie der Berichterstatter schreibt, wenngleich jeder, dem überhaupt der Vorgang vorgetragen wird, das Verhalten der Polizei tadeln wird."

Kann das „einerseits—andererseits" noch tollere Blüten treiben? Der Ausdruck „Waschlappen", auf Freisinnige angewendet, bedeutet noch eine Ehre für sie!

Stadt-Theater.

„Die Verschwörung des Fiesco zu Genua".
Von Friedrich Schiller.

Wenn wir uns die Frage vorlegen, was an diesem „republikanischen Trauerspiel" uns heute noch fesselt, wenn auch manche Szenen und Figuren uns veraltet anmuten — was die Werke Schillers überhaupt noch immer wie bei ihrem Entstehen jugendfrisch und lebendig erscheinen läßt, dann könnten wir uns die Antwort geben, die Molkenbuhr — in der letzten März-Schillerzeitung — in die Worte gekleidet hat: „Er wirkte als Apostel des Idealismus. Darin liegt eben die Größe jener Dichter, daß sie noch modern erscheinen, wenn sie längst verstorben sind und im Laufe der Zeit ganz andere politische und soziale Verhältnisse entstanden sind, als sie in den Zeiten waren, in denen der Dichter lebte." Schiller hat nicht nur für seine Zeit gedichtet, nicht dem Modebedürfnis der Gegenwart Rechnung getragen, ihm war das dichterische Schaffen Mittel zum Zweck, seinem himmelstürmenden Idealismus Ausdruck zu verleihen, für neue Ideen zu streiten, neuen sittlichen Werten Geltung zu verschaffen. Wo sollte dieser Dichter heute noch Verständnis finden, wenn nicht beim kämpfenden Proletarier, der auch nicht spießbürgerlich sich bequemt, nur für den Tag und sich selbst zu sorgen, sondern eine neue Zukunft sich erstreitet und über den lastenden Sorgen der Jetztzeit sich neue Ziele steckt, die vielleicht erst spätere Generationen erreichen werden. Allerdings wird uns vieles erst verständlich werden, wenn wir uns erinnern, daß Schiller der Herold des Bürgertums war, das sich eben anschickte, die Fesseln des Absolutismus und Feudalismus zu zerreißen, wie sich heute die Arbeiterklasse vorbereitet, der Sklaverei des Kapitalismus ein Ende zu machen. Die Bourgeoisie hat ihren Verkämpfern schlechten Lohn gezahlt. Sie hat sich mit ihren früheren Todfeinden verbunden, um das aufstrebende Proletariat niederzuhalten. Das Freiheitspathos Schillers ist bei ihr zur gehaltlosen Phrase, seine Idealglut zum flackernden Strohfeuer geworden. Der Bürger von heute hat sich mit seinen Tyrannen recht gut abgefunden, er drängt sich zur großen Staatskrippe, und singt nur manchmal, wenn er sich besonders mutig fühlt, von der „Freiheit, die ich meine"

Die gestrige Wiederaufführung des „Fiesco" sollte wahrscheinlich eine Kostprobe der Festlichkeiten sein, die uns für den Anfang Mai erwarten. Leider muß aber ausgesprochen werden, daß die Vorstellung nicht so war, daß man das Beste von der Zukunft erhoffen darf. Das Allerschlimmste sind, wie schon immer in unseren Klassikervorstellungen, die Chöre und Massenszenen. Wäre nicht auch bei Schiller zu erreichen, was wir in Operette und Oper schon leidlich haben, lebendige, handelnde Menschen, keine leblosen Drahtfiguren? Auch in der Dekoration wäre ein Mehr nicht vom Uebel gewesen. Recht unzulänglich war besonders der letzte Akt. In der Besetzung der Rollen war manches Unbegreifliche passiert. So übertrug man Herrn Botz die Darstellung des, nach Schiller, sechsundzwanzigjährigen Gianettino Doria. Alle Achtung vor dem Können des Herrn Botz, aber diese Rolle hätte doch ruhig einem anderen übertragen werden können. Ferner wurde die Julie Imporali von Fräulein Salta gespielt, wäre hier nicht Fräulein Mayer besser am Platze gewesen? Den Fiesco gab Herr Wendt, nicht übel in Spiel und Maske, aber vielleicht hätte ein Mehr von Pathos, das Herr Wendt sonst in reichlichem Maße zu gebrauchen versteht, nicht geschadet. Herr Bernau als Mohr hätte sich in seinen Bocksprüngen mehr Beschränkung auferlegen sollen. Recht gut war Herr Johow als starrer Republikaner Verrina, Herr Müller (Colcagno), Fräulein Santen als Fiescos Gemahlin Leonore.

Das Theater war sehr gut besucht und in beifallsfreudigster Stimmung. Pr.

Vermischtes.

„Ueber Verbrechen und Großstadt" hielt Geheimer Justizrat Professor Dr. von Liszt einen Vortrag im „sozialfortschrittlichen Kommunalverein" zu Berlin. Professor von Liszt hatte seinem Vortrage die Reichsstatistik der Verurteilungen wegen Kriminalverbrechen und Vergehen im deutschen Reiche für die Jahre 1882 bis 1892 zu Grunde gelegt, um aus ihr zu beweisen, daß mit der Bevölkerungszunahme auch die Zahl der Verbrechen und Verurteilungen steigt, daß den Verbrechen aber auch soziale Erscheinungen zu Grunde liegen, wie sich aus den schwankenden Ziffern und ihrem Aufschnellen in wirtschaftlich schlechten Jahren ergibt. Er wies aus diesen Zahlen aber auch nach, daß der besonders von den Agrariern gegen die Großstädte, vor allem gegen Berlin, erhobene Vorwurf, daß sie in krimineller Hinsicht an erster Stelle stehen, durchaus unbegründet sei, obgleich viele Elemente vom Lande in den zu Gewalttätigkeiten und anderen Verbrechen geneigten Jahren sich nach den Großstädten, insbesondere nach Berlin drängen. Im Gegenteil stehe Berlin in krimineller Hinsicht weit besser da als andere deutsche Großstädte und auch günstiger als manche Distrikte des platten Landes. **Die größte Ziffer der Verbrechen stellt gerade das von den Agrariern beherrschte Ostelbien.** Auf je 10,000 der strafmündigen Bevölkerung kommen im Durchschnitt der Jahre 1883—1897 im deutschen Reiche 107,5 Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze. Die Großstädte übersteigen selbstverständlich diesen Durchschnitt, wie auch die Staaten Preußen und Bayern ihn übersteigen. Bayern mit 131,3, Preußen mit 110,3. In Berlin beträgt der Anteil 134,6 gegen Hamburg mit 142,5 und Bremen mit 167,8. Im frommen Lande der Ostelbier aber steigt der Anteil in den Regierungsbezirken Königsberg auf 155,0, Gumbinnen 180,7, Danzig 156,1, Marienwerder 155,5, Posen 144,9, Bromberg 186,6, Oppeln 183,1. Johannisburg figuriert in der Statistik mit 317,2. Die Pfalz stellt auch 162,4. Auch die Umgebung Berlins, der Kreis Teltow, stellt 156,2 und Niederbarnim 167,4. Berlin könne also den ihm gemachten Vorwurf den Agrariern mit Zins und Zinseszins zurückgeben. Geheimrat von Liszt forderte am Schlusse seines Vortrages, der auch die Anteile der jugendlichen und der weiblichen Personen an den Kriminaldelikten behandelte, daß Staat und Gemeinden Hand in Hand gehen sollten, um durch soziale Einrichtungen den Kriminaldelikten vorzubeugen, durch Gefängnisstrafen bessere man den Verbrecher nicht, sondern mache die Menschen erst schlecht.

Als Lungen der Großstädte werden bekanntlich die öffentlichen Anlagen bezeichnet und das mit Recht. Für den Arbeiter in der Großstadt sind die städtischen Parks die einzige Gelegenheit, um die Wirkungen der schädlichen Ausdünstungen in den Werkstätten und Fabriken wenigstens in etwas zu paralysieren. Es kann deshalb nur von Interesse sein, über die Größenverhältnisse der öffentlichen Anlagen etwas Näheres zu erfahren, die nach dem „Statistischen Jahrbuche deutscher Städte" folgende sind: Die Fläche der öffentlichen Park-, Garten- und Schmuckanlagen ist am größten in München mit 66,599 Ar. Dann folgen Berlin mit 46,435, Dresden mit 34,816, Magdeburg mit 26,230, Leipzig mit 25,643, Köln mit 24,825, Hannover mit 22,921, Elberfeld mit 19,555, Bremen mit 18,687, Kassel mit 18,079, Breslau mit 17,310, Braunschweig mit 16,984, Dortmund mit 12,595, Düsseldorf mit 12,063 und Barmen mit 12,003 Ar. Für alle anderen Großstädte beträgt die Fläche unter 12,000 Ar. Sehr gering ist die Fläche der Anlagen in Altona mit 2498, Danzig mit 2287 und Krefeld mit 1440 Ar. Von den Mittelstädten haben die größte Fläche an Park-, Garten- und Schmuckanlagen Potsdam mit 13,812 und Görlitz mit 13,321 Ar. Einzelne Großstädte haben außerhalb ihres Stadtgebietes umfangreiche städtische Parkanlagen, so Berlin 18,600, Breslau 13,652, Düsseldorf 9500 und Krefeld 8450 Ar. Rechnet man diese zu den innerhalb der Stadt liegenden öffentlichen Anlagen mit dazu, so sind im Vergleiche zur Einwohnerzahl die Anlagen am größten in Kassel mit 16,6 Quadratmetern auf einen Einwohner, dann folgen Braunschweig mit 16,0, München mit 13,4, Elberfeld mit 12,4, Bremen mit 11,8 und Magdeburg mit 11,5, während in Charlottenburg nur 4,7 und in Berlin 3,4, in Hamburg sogar nur 1,6, in Altona 1,5 und in Frankfurt a. M. 1,3 Quadratmeter Anlagen auf den Einwohner entfallen.

Neueste Nachrichten.

Vom russischen Fluchtschauplatze.

Das erste Telegramm von Linewitsch meldet: Japanische Batterien beschossen am Freitag die russischen Truppen-Abteilungen in den Tälern bei Tavanpun und Janpun. Der Feind wurde bei Kaotaitse bemerkt. Die Stadt Fakumön wurde von japanischer Kavallerie besetzt. Die Armeen fahren fort, sich zu konzentrieren.

Eine Reutermeldung bringt ähnliche Nachrichten: Ein Teil der japanischen Truppen verfolgte die Russen bei fortgesetztem Vormarsch bis Kaiyuan, das die Russen am Sonnabend räumten, nachdem sie die Eisenbahnstation in Brand gesetzt hatten.

Kuroki folgt den Russen.

Der beim Stabe des Generals Kuroki befindliche Berichterstatter des Reuter'schen Bureaus telegraphiert am 16. März: Die Besetzung Tielings, der von Natur stärksten Position längs der ganzen Eisenbahn, ist fast ohne Kampf erfolgt und erfüllte die Japaner mit großem Selbstgefühl. Die Japaner erholen sich rasch von den Verlusten, welche die Schlacht bei Mukden für sie gehabt hat, während der russische Rückzug von Tag zu Tag demoralisierter erscheint. General Kuroki ist immer noch an der Spitze der verfolgenden japanischen Truppen. Die Verfolgung nach der zehntägigen ununterbrochenen Schlacht bei Mukden **dauert jetzt neun Tage an** und erstreckt sich über ein Gebiet von 80 Meilen Länge, wobei es häufig zu Gefechten kommt. Täglich wird eine weitere Anzahl Russen gefangen genommen.

Schon Hungersnot.

„Daily Telegraph" meldet aus Tokio vom 19. März: Die Russen, die sich durch das gebirgige Gelände aus dem Gebiete von Hsingking zurückgezogen haben, sind in erbarmenswerter Lage. Sie haben keine Vorräte und **schlachten daher ihre Pferde.** Sie sind von den Japanern völlig eingeschlossen worden.

Meteorologische Beobachtungen

19. u. 20. März	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . . .	+ 7,6	+ 3,2	+ 1,2
Luftdruck bei 0° (mm)	748,8	749,0	749,4
Dunstdruck (mm) . . .	4,6	4,5	4,4
Dunstsättigung (pCt.) .	59	78	89
Wind (0—12)	O 2	O 2	SO 2
Wetter	heiter.	heiter.	zieml. ht.

Für die streikenden Bergarbeiter

gingen ein

beim Gewerkschaftskartell für Bunzlau und Umgegend:

L. 3 2.05 Mk., L. 4 9.65 Mk., L. 15 10.05 Mk., L. 23 3.80 Mk., L. 24 15.82 Mk., L. 25 2.95 Mk., L. 26 13.20 Mk., L. 29 12.60 Mk., L. 36 1.80 Mk., L. 43 11 Mk., L. 44 4.85 Mk., L. 45 11.20 Mk., L. 46 9.25 Mk., L. 47 24.40 Mk., L. 48 12 Mk., L. 49 7.80 Mk., L. 50 13.35 Mk., L. 52 2.40 Mk., L. 53 15.50 Mk., L. 54 12 Mk., L. 56 14.45 Mk., L. 57 11.10 Mk., L. 58 3.20 Mk., L. 59 0.30 Mk., L. 60 3 Mk., L. 61 8.20 Mk., L. 62 6.75 Mk., L. 63 7.70 Mk., L. 64 11.45 Mk., L. 65 1.90 Mk., von den Bau- und Erdarbeitern 30 Mk., von Gastwirt Gumprich 6 Mk., Ueberschuß vom Maskenball der Metallarbeiter 21.50 Mk., Eberlein Neu-Jäschwitz 1 Mk., insgesamt wurden abgesandt 1056.45 Mk.

beim Ausschuß des Gewerkschaftskartells in Posen:

Liste 8 Dorna 5.05 Mk., Liste 10 Zielinski 2.65 Mk., Liste 14 Gierina 1.85 Mk., Liste 15 Cysmaniak 4.80 Mk., Liste 16 Koczdronski 3.20 Mk., Liste 31 Matuszewski 0.80 Mk., Liste 42 Musiatkewicz 3.70 Mk., Liste 46 Schulz 14.75 Mk., Liste 49 Fengler 2.65 Mk., von der Redaktion der „Oswiata" 8.60 Mk., Sremski 10 Mk., Bakert 3 Mk., Summa 60.55 Mk.

Im ganzen sind gesammelt und abgesandt auf Listen des Gewerkschaftskartells Posen 271 Mk., außer den von den einzelnen Gewerkschaften abgesandten Beiträgen.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Kaufmann Adolf Jäkel, evang., Hildebrandtstraße Nr. 2, und Ida Hirschmann, kath., Hinterhäuser 20. — Maurer Albert Scholz, kath., Schießwerderstraße Nr. 36/38, und Martha Baum, evang., Tschepinerstraße Nr. 20. — Drechsler und Möbelpolierer Paul Westphal, evang., Herischdorf, und Pauline Kenty, kath., Ursulinerstraße 15. — Schneidermeister Gottfried Bienek, kath., Ursulinerstraße 27, und Marie Schmidale, evang., ebendaselbst. — Bahnarbeiter Karl Jeleinert, kath., Berlinerstraße 41, und Anna Bartelt, kath., ebendaselbst. — Schlossermeister Ludwig Müller, evang., Einhorngasse 8, und Klara Bauer, evang., ebendaselbst. — Kupferschmied Albert Sperling, evang., Kurzegasse Nr. 74, und Meta Stache, evang., Heinrichstraße 22. — II. Sekretär der Landes-Versicherungs-Anstalt Eugen Mischke, evang., Margaretenstraße 32, und Bally Rother, kath., Paulstraße 19. — Glaser Karl Nachtwey, evang.-luth., Bohrauerstraße 31, und Pauline Zyblia, ev., hier. — Tischler Richard Paabe, evang., Alsenstraße 51, und Agnes Schosnig, kath., Sedanstraße 22. — Arbeiter Paul Nesbor, kath., Lohestraße 55, und Pauline Bias, evang., Neudorfstraße Nr. 49. — Arbeiter Paul Gotter, evang., Sedanstraße 20, und Klara Herrmann, evang., Neudorfstraße 84a. — Kaufmann Hugo Rive, evang., Gabitzstraße 27, und Emma Fechner, evang., Nachodstraße 84a. — Stenograph Fritz Hauschild, evang., Lohestraße 83, und Hedwig Hastmann, evang., Brunnenstraße 12. — Lagerhalter Kurt Biewald, evang., Gustav-Freitagstraße 29, und Elsbeth Laske, evang., hier. — Korbenschneider Max Pischel, evang., Neue Tauentzienstraße 59, und Bertha Bürger, kath., Hubenstraße 20. — Arbeiter Paul Standar, kath., Königsgrätzerstraße 31, und Anna Rother, geb. Malz, evang., Königsgrätzerstraße 31. — Lokomotivheizer Gustav Okrusch, evang.-luth., Queissen, Kreis Steinau a. O., und Gertrud Machner, evang., Feldstraße 30. — Schlosserarbeiter Ernst Bochnig, evang., Klosterstraße 98/1000, und Ernestine Heinrich, evang., Goethestraße 40. — Kaufmann Walter Poppe, evang., Neue Tauentzienstraße 45, und Gertrud Lüpke, evang., Bohrauerstraße 25. — Fleischer Gustav Franke, kath., Alexanderstraße 38a, und Helene Baranski, kath., Lessingstraße 4. — Hüttenbeamter Friedrich Haertel, Gleiwitz O.-S., und Malwine Kalt, evang., Sedanstraße 28. — IV. Musiker Kurt Gähn, kath., Gabitzstraße 43, und Rosa Wanneck, evang., Luisenplatz 10. — Eisenbahn-Streckenarbeiter Wilhelm Vogel, kath., Gräbschenerstraße 132, und Antonie Seeliger, kath., Kaiser Wilhelmstraße Nr. 33. — Kassen-Kontrolleur Franz Krieger, evang., Rastenburg, und Martha Krause, evang., Tauentzienplatz 11. — Kaufmann Loebel Centawer, jüd., Königshütte, und Therese, verw. Türkheimer, geb. Riesenfeld, jüd., Freiburgerstraße 13.

Eheschließungen. I. Schneider Heinrich Boer, evang., Messergasse 24, mit Marie Nikel, evang., Margaretenstraße 32. — Eisendreher Paul Kallert, evang., Mariannenstraße 7, mit Klara Briesner, kath., Berliner Chaussee 9. — Fleischer Adolf Lukas, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 19, mit Agnes Heimann, kath., Hirschstraße Nr. 6. — Schlosser Gustav Kuller, evang., Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 109, mit Dorothea Engel, evang., Klein-Tschansch. — Rentier Rudolf Fessel, evang., Charlottenburg, mit Helene Petersen, evang., Alsenstraße 49. — Unteroffizier Karl Pohl, evang., Langegasse 49, mit Margarete Laska, kath., Friedrich-Wilhelmstraße 89. — Metalldreher Adolf Hecker, evang., Bergstraße 14, und Anna Müller, kath., Tschepinerstraße 35. — Schlossermeister Paul Kreuzer, kath., Weinstraße 5, mit Josefine Trewendt, evang., Münzstraße 6a. — Bildhauer Karl Hanke, kath., Goldene Radegasse Nr. 27a, mit Agnes Flechtner, kath., Weißgerbergasse 45. — Schneidermeister Reinhold Klumpner, kath., Alsenstraße 24, mit Paula Thomas, kath., Berliner Chaussee 49. — II. Regierungs-Bureau-Hilfsarbeiter Wilhelm Tomscheit, evang., Liegnitz, mit Martha Hiller, kath., Briegerstraße 1. — Straßenbahnschaffner Adolf Preuß, evang., Zobtenstraße Nr. 20, mit Karoline Materne, evang.-luth., Kammelwitz, Kr. Breslau. — Fabrikarbeiter Konstantin Skroboß, kath., Brüderstraße 25, mit Pauline Wagner, evang., Klosterstraße 19. — Kutscher Paul Karschner, ev., Nachodstraße 11, mit Karoline Thielsch, kath., hier. — Modelltischler Heinrich Rittner, kath., Gräbschenerstraße 87, mit Bertha Meßner, evang., Vorwerksstraße Nr. 81. — Kaufmann Alfred Nachmann, jüd., Hamburg, mit Rosamunde Lust, jüd., Klosterstraße Nr. 88. — Oberleutnant Benjamin Cleinow, evang., Charlottenburg, mit Frieda Förster, evang., Claassenstraße 8. — Installateur Max Aloe, Baptist, Mollwitzerstraße Nr. 5, mit Martha Mitschke, Baptist, Ohlauer Chaussee Nr. 6. — Pelzhändler Alwin, Pitschpatsch, mosaisch, Berlin, mit Henriette Biow, mosaisch, Lissa. — IV. Geschäftsführer Karl Kriebel, Friedrichstraße 16, mit Margarete Heinze, evang., Gartenstraße 51. — Rechtsanwalt Eugen Ollendorf, jüd., Beuthen, mit Elise Zickel, jüd., Gartenstraße 35. — Gastwirt Bruno Piatkowski, kath., Weidenstraße 23/24, mit Minna Schön, kath., Kaiser Wilhelmstraße 6.

Vom 16. März.

Heirats-Ankündigungen. III. Kaufmann Conrad Becker, evang., Hedwigstraße 23, und Lina Wegehaupt, kath., Monhauptstraße 6. — Schneider Alexander Polaczy, kath., Ottostraße 36, und Anna Kretschmer, kath., Oelsnerstraße 21. — Schlosser Richard Bock, evang., Schießwerderplatz Nr. 21, und Luise Biskup, evang., Schießwerderstraße 69. — Bauarbeiter Josef Rieger, kath., Kaiserstraße 8, und Franziska Spiegel, evang., ebendaselbst. — Herrschaftlicher Kutscher Scholz, kath., Mehlgasse 23, und Marie Mai, kath., Kleine Groschengasse 32. — Kaufmann Arnold Berg, jüd., Rosenberg, und Bertha Prinz, jüd., Neue Junkernstraße Nr. 36. — Bauarbeiter Max Rother, kath., Fürstenstraße 11, und Klara Günzel, evang., Fürstenstraße 11. — Lagerist Alfred Exiner, kath., Augustastraße 146, und Martha Wagner, evang., Mehlgasse 42. — Bauarbeiter Paul Funda, evang., Vincenzstraße Nr. 19, und Christiane Freier, evang., Briese. — Hoboist Sergeant Josef Schneider, kath., Kosel, und Gertrud Schmer, kath., Matthiasstraße 75. — Bahnarbeiter Fritz Penkert, evang., Trebnitzer Chaussee 42, und Auguste Franzke, evang., Kletschkaustraße 15. — Schneider Anton Kucharzewski, kath., Matthiasstraße 68, und Bertha Neumann, evang., ebendaselbst. — Kaufmann Max Köhler, altkath., Matthiasstraße 89, und Helene Groß, evang., Brockotschine. — Geschäftsführer Karl Becker, evang.,

Teichstraße 25, und Frieda Siegert, evang., Hirschstraße Nr. 79. — Tischler Berthold Neugebauer, evang., Ottostraße 32, und Emilie Ratsch, evang., Ottostraße 32. — Monteur Max Goliberisch, evang., Kattowitz, und Margarete Kelke, kath., Trebnitzerstraße Nr. 16. — Hausdiener Paul Kuttig, evang., Schweidnitzerstraße Nr. 13/15, und Pauline Stephan, evang., Michaelisstraße Nr. 48. — Tischlermeister Christian Lachmann, evang., Brieg, und Helene Schwarz, altlutb. Hirschstraße 86. — Sparkassen-Assistent Paul Winkler, kath., Neuschestraße 18, und Maria Fuchs, kath., Roßplatz 16. — Zimmermann Karl Langner, evang., Oelsnerstraße Nr. 18, und Helene Hermann, kath., Neudorfstraße 39. — Gärtler Wilhelm Jeserich, evang., Rirdorf, und Helene Jakob, evang., Kleischlauerstraße 31. — Tapezierer Robert Werner, kath., Tannengasse 2, und Anna Lachmann, evang., Hirschstraße 73. — Arbeiter Wilhelm Moch, kath., Verlängerte Niedergasse „Weiß-Haus I." und Anna Grösch, geb. Renner, evang., ebendaselbst. — Restaurateur Otto Metzner, kath., Kreuzburgerstraße 25, und Bertha Hoffmann, kath., Humboldtstraße 8.

Geburten. II. Klaviermacher Josef Holec, kath., T. — Hilfsbremser August Paulun, evang., S. — Schriftsetzer Ferdinand Buchmann, kath., S. — Böttcher Karl Fruhner, evang., T. — Heizschaffl. Kutscher Franz Fraschka, evang., T. — Restaurateur Paul Krasch, evang., S. — Kürtner Paul Machner, kath., S. — Kutscher Hermann Strecker, evang., S. — Tapezierer Max Ulbrich, kath., S. — Schuhmacher Paul Loch, evang., S. — Bautechniker Franz Stark, kath., T. — Arbeiter Robert Tiegel, kath., T. — Arbeiter Robert Kuppe, evang., S. — Städt. Straßenbahn-Schaffner Otto Hillmann, kath., S. — Tischler Arthur Herrde, kath., S. — Eisenbahn-Stations-Assistent Georg Paszkowski, evang., S. — Oberbuchhalter Richard Hebm'e, evang., T. — Landwirt Paul Berndt, evang., S. — Stellmacher Gustav Walter, evang., T. — Hilfsweichensteller Wilhelm Brauer, evang., T. — Schmied Adolf Auras, evang., S. — Apotheker Eugen Schäffer, jüd., T. — Tapezierer und Dekorateur Friedrich Kobl, kath., S. — Arbeiter Wilhelm Scholz, kath., T. — Böttcher Hugo Liedtke, evang., T. — Fleischermeister Karl Bauer, evang., S. — Droschkenbesitzer Karl Reinhard, evang., T. — Arbeiter August Geister, evang., S. — Kellner Alfons Wolf, kath., T. — III. Arbeiter Paul Gabriel, kath., S. — Arbeiter Robert Schwarz, evang., T. — Heizer Karl Baumann, evang., T. — Tischler Paul Kalusche, kath., S. — Rentenempfänger Ernst Stanelle, kath., S. — Arbeiter Heinrich Mischke, evang., T. — Handlungsgehilfe Max Tahm, evang., S. — Tischler Reinhold Frost, evang., 2 T. — Steueraufseher Oswald Kilian, evang., S. — Arbeiter Ernst Dabel, evang., S. — Arbeiter Reinhold Samolsky, kath., T. — Kaufmann Konrad Adam, kath., T. — Handlungsreisender Friedrich Kahmann, evang., T. — Tischler Julius Kramer, kath., S. — Handlungsreisender Ludwig Kern, kath., T. — Tischler Alfred Bischoff, evang., T. — Zimmermann Gustav Hertrampf, evang., S. — Arbeiter August Springer, evang., S. — Briefträger Franz Gankel, kath., S. — Straßenbahnschaffner Karl Schmiegelt, evang., T. — Droschkenbesitzer Julius Dentscher, kath., S. — Schlosser Wilhelm Kalinke, evang., T. — Strafanstaltshilfsaufseher Kurt Kohlmann, evang., T. — Klempner Paul Rackette, evang., T. — Arbeiter August Preuß, kath., S. — Tischler Max Neumann, evang., T. — Arbeiter Paul Musik, kath., T. — Steinsetzer Arthur Dresler, evang., S. — Oberwachtmann Kurt Hahn, evang., T. — Vorarbeiter Johannes Brenkert, kath., T.

Todesfälle. I. Glaser Johann Paul August Garn, 47 J. — Kutscherswitwe Mathilde Kegiol, geb. Rullmeyer, 82 J. — Hausbälter Johann Englisch, 38 J. — Schneiderfrau Anna Stein, geb. Schmiedel, 32 J. — Elfe, T. des Klempners Max Pitschel, 8 J. — Bäckermeisterfrau Karoline Schwarzer, geborene Posner, 56 J. — Alice, T. des Kutschers Josef Schlesinger, 8 J. — Gerhard, S. des Tischlers Johann Böhm, 8 Mon. — Walter, S. des Tischlers August Kosparek, 4 Jahr. — Kassiererin Martha Bartsch, 26 J. — Schlosserswitwe Johanna Wiersig, geb. Grund, 61 J. — Hausbälter Otto Salbel, 62 J. — Handelsmannswitwe Charlotte Hoffmann, geb. Freund, 77 J. — Lackierersfrau Emilie Schneider, geb. Putzke, 52 J. — Erna, T. des Eisenhobelers Josef Lausch, 1 J. — Rentenempfänger Gottlieb Helbig, 82 J. — Hans, S. des Versicherungsbeamten Hermann Weiß, 5 Woch. — Kutscher Johann Rabsch, 39 J. — Viehhändler Julius Bogt, 68 Jahr. — Handelsmann Karl Dumsch, 61 J. — Elfriede, T. des Arbeiters Johann Nawrot, 9 J. — Hedwig, T. des Glasers Paul Schirmer, 4 Mon. — III. Früherer Handelsmann Wilhelm Scheibler, 67 J. Frühere Arbeiterin Marie Rothe, 70 J. — Adolf, S. des Fleischers Adolf Ludwig, 1 J. — Frieda, T. des Arbeiters Paul Thomesch, 3 J. — Otto, S. des Arbeiters Paul Schneider, 6 Mon. — Max, S. des Arbeiters Karl Becker, 4 Mon. — Vorschmied August Kittlaus, 51 J. — Helene, T. des Anstreichers Hermann Mittmann, 4 Mon. — Friedrich, S. des Schriftsetzers Josef Scholz, 7 Mon. — Martha, T. des Maurers Franz Baumgart, 6 Mon. — Hausbälter Paul Buchmann, 22 J. — Hans, S. des Drechslers Adolf Pohle, 4 Mon. — Bergwerksdirektor Georg Helfritz, 37 J. — IV. Bahnarbeiter August Rohrbach, 69 J. — Gärtner Reinhold Werner, 65 J. — Näherin Martha Jerlemann, 18 J. — Erwin, S. des Schneiders Julius Schwarz, 9 Mon. — Willi, S. des Telegraphenarbeiters Julius Hinkelmann, 10 Mon. — Grete, T. des Landschaftsgärtners Adalbert Weyreder, 3 Mon. — Barbierlehrling Arthur Wolf, 18 J. — Johannes, S. des Arbeiters Richard Engbardt, 2 J. — Inspektorsfrau Emilie Wilhelm, geb. Hewig, 82 J. — Fritz, S. des Vorschneiders Hermann Joitke, 8 Tage. — Mühlenbesitzerswitwe Pauline Günther, geb. Günther, 83 J. — Kurt, S. des Schneiders Heinrich Schubert, 10 Tage. — Fleischermeisterswitwe Marie Schönfeld, geb. Neumann, 49 Jahr. — Ober-Postschaffnersfrau Ernestine Willner, geb. Goldmann, 58 J.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Freie Turnerschaft Breslau.

Turnstunden: 1. Abt.: Jeden Dienstag und Freitag, Abends von 8—10 Uhr, in der städtischen Schulturnhalle, Waterloostraße. — 2. Abt.: Jeden Montag und Donnerstag, Abends von 8—10 Uhr in der städtischen Schulturnhalle, Posenerstraße.

Gewerkschaftshaus.

Montag, den 20. März:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 1.

Mittwoch, den 22. März:

Ortskrankenkasse der Hutmacher. Abends 8 Uhr: Ordentliche Generalversammlung. Zimmer Nr. 2.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sonntag, den 26. März:

Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein. Vormittags 10 Uhr: Generalversammlung im großen Saal.

Volkskonzert Nachmittags 3½ Uhr im großen Saal.

Sonnabend, den 1. April:

Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Quartalsversammlung. Zimmer Nr. 2.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirk 6. Dienstag, den 21. März: Kassenabend. Wegen wichtiger Angelegenheiten zahlreiches Erscheinen Pflichtsache.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 14. Mittwoch, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Das Erscheinen der Mitglieder dringend notwendig.

Bezirk 18. Dienstag, den 21. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Umtausch der Bibliotheksbücher. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Der Bezirksführer.

Bezirk 19. Dienstag den 21. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.

Distrikt VI (Ohlauer Tor).

Bezirk 73. Dienstag, den 21. März: Zusammenkunft.

Distrikt IX (Gabitz) (umfaßt die Bezirke 91, 92, 93, 94, 95, 96.)

Bezirk 91. Dienstag, den 21. März: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Wahl eines stellvertretenden Bezirksführers. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksführer.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86 [Kleinburg] und 121.)

Bezirk 80. Mittwoch, den 22. März: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig, besonders der Genossen von Dürrgoy und Herdain. Der Bezirksführer.

Distrikt X (Pöpelwitz.)

Bezirke 21 und 26. Dienstag, den 21. März, bestimmt erscheinen. Die Bezirksführer.

Schweidnitz. **Freie Turnerschaft.** Turnabende jeden Dienstag und Freitag; Abends 8 Uhr. Freunde der Turnsache sind stets willkommen. Der Vorstand.

Freiburg. **Männer-Gesang-Verein „Vorwärts".** Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Gesangsstunde im Gasthof „zur Germania" in Polsnitz. Aufnahme neuer Mitglieder.

Freiburg. **Metallarbeiter-Verband.** Mittwoch, den 22. März, Abends 8 Uhr, in der „Germania": Mitglieder-Versammlung. Die Ortsverwaltung.

Striegau. **Arbeiter-Turnverein „Vorwärts".** Jeden Dienstag und Donnerstag, von Abends 8 Uhr an: Turnen in der „Bierquelle". Auch werden in jeder Turnstunde Mitglieder aufgenommen. Der Vorstand.

Liegnitz. **Arbeitergesangverein „Sängerkranz".** Jeden Mittwoch Abend: Uebungsstunde im Gewerkschaftshause und Aufnahme neuer Mitglieder.

Bunzlau. **Arbeiter-Gesang-Verein „Vorwärts".** Jeden Dienstag: Singstunde in der „Hoffnung", Schloßstraße 10. Mitglieder werden dort aufgenommen. Der Vorstand

Goldberg. **Arbeitergesangverein „Vorwärts".** Jeden Dienstag, Abends 8 Uhr: Uebungsstunde im Gasthof „Zum neuen Hause". Aufnahme neuer Mitglieder.

Landeshut. „Freie Turnerschaft". Jeden Dienstag Abends 8 Uhr: Turnstunde. Aufnahme neuer Mitglieder.

Ohlau. **Arbeiter-Gesangverein „Eintracht".** Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Uebungsabend bei Händel im Baumgarten.

Posen. **Versammlungslokal: Sommer, Hedwigstraße 16.** **Holzarbeiter.** Dienstag, den 21. März: Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus.

Zirkus Busch.

Montag, den 20. März 1905, Abends 7½ Uhr:

Extra Gala-Abend.

Süd-West-Afrika.

Grosses Pracht-Manege-Schaustück.

Norton B. Smith, Der König der Pferdebändiger.

Wöchentlich [illegible] Pferde werden an jedem Abend angenommen und sofort [illegible].

Außerdem: Aida-Favory, [illegible] Pferd [illegible] Martha Mohnke. [illegible] Tischgruppe. „Milton", reitend Dressurpferd [illegible] von 2 Meter, vorgeführt von **Mlle. de Holstein.** Zum 1. Male: **Kavallerie-Quadrille,** [illegible] auf 16 Schulpferden. **Exotisches Monstre-Tableau.** Darstellung v. 12 Elephanten, 3 Giraffen und 40 Dromedaren. [illegible]

Grosses Volks-Konzert.

Stadt-Theater.

Montag: „Die neugierigen Frauen." Dienstag: „Der Ring des Nibelungen." 3. Tag. Abends 7 Uhr. „Götterdämmerung."

Lobe-Theater.

Montag: „Frühlingsluft." Dienstag: „Die Weber."

Donnerstag, den 30. März:

Vortrag von Frederic 584 **Tschirn** im Konzerthause.

Zum Umzuge Ergänzungs-Möbel reell in einer Stadt. [illegible] **Matratzen, Sofas, Salon-, Polster-Garnituren** etc., sowie [illegible] Auswahl von

Ausst.-Möbel

Eich. Schlafzimmer [illegible] zu verkaufen 454

G. Roth, 2 Reuschestraße 2.

Gutsmit Zahlungs-Erleichterungen.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch Kommentar gegen Mietsrecht von Rich. Lipinski. Preis pro Exempl. 20 Pfennige.

Die Broschüre ist fachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Mietsrecht.

Durch unsere Expedition zu beziehen.

Wir empfehlen **Die Frauen und die Politik** von **Lily Braun.** — Preis 20 Pf. — Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Am Sonnabend, den 18. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden meine inniggeliebte, herzensgute Frau, Schwägerin und Tante

Emma

geb. **Lorenz**

im Alter von 25 Jahren 11 Monaten. 586

Dies zeigt tiefbetrübt an

Fritz Ehrlich, Töpfer.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 4 Uhr in Ohlau vom Trauerhaus Oderstr. 43.

Ortskrankenkasse für das Schneidergewerbe zu Breslau.

Die **ordentl. Generalversammlung** findet **Montag, den 27. März, abends 7½ Uhr** im großen Saale des **„Kasino", Neue Gasse Nr. 8,** statt.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1904. 585
2. Wahl der Rechnungsrevisoren pro 1905.
3. Genehmigung der Verträge mit den Kassenbeamten.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Anschluß der Kasse an die gemeinsame Kranken-Kontrolle.
6. Die Beschlüsse der paritätischen Kommission betr. Gehälter und Verträge der Beamten.
7. Verlegung der Einzahlungen auf die Vormittagsstunden v. 8—1
8. Die Erhöhung der Kassenbeiträge auf 4½ % und Statutenänderung.

Die Herren Vertreter werden hiermit ergebenst eingeladen.

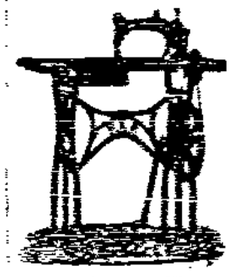
Der Vorstand. Fr. Ohla, Vorsitzender.

5 Pfg.-Sumatra-Zigarren

prachtvolle Qualitäten, vorzüglich in Brand u. Geschmack **100 2 Mk., 2,50 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.** empfiehlt gegen Nachnahme

Zigarren-Fabrik E. Lampke.

Fabrik, Versand und Hauptgeschäft: Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof. Filialen: **Matthiasstraße 16,** Ecke Schrotgasse, **Hummerei 35, Friedrich-Wilhelmstraße 15, Klosterstraße 77, Scheitnigerstraße 22.** 234



Premier- u. Solid-Fahrräder Modell 1905 elegant, leichtlaufend.

Nähmaschinen, System Singer.

Staunend billige Preise, Teilzahlung gestattet. = Katalog gratis. = 379

RICHARD KÜHN,

BRESLAU, Tauentzienstr. 53. Filiale: Rosenthalerstr. 1a.

„In freien Stunden".

Illustrierte Roman-Bibliothek, Heft 10 Pfennige.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Die Gleichheit

(Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheinend, Heft 10 Pfennige.

Parteigenossen finden besseres Logis bei **Klimkert** 580 Werderstrasse 1, III. Etg.

Feuerversicherung sowie **Lebensversicherung** auch für **Kinder,** vermittelt 1744 **Ernst Zahn, Ritterplatz 5,** III.

Sonntag, den 26. März.

Zu

Friedrich Schillers 1805 Gedächtnis! 1905.

An Stelle der „März-Zeitung" erschien in diesem Jahre eine reich illustrierte Zeitung, die dem Gedächtnis Friedrich Schillers, als dem geistigen Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution Deutschlands, gewidmet ist.

Die Buchhandlung Vorwärts hat statt zum Mal eine Schiller-Festschrift herauszugeben, diese Publikation an die Märzfeier geknüpft, denn in der Revolution von 1848 wurde doch wenigstens ein Hauch von Schillers Geist wirklich und lebendig.

Die Festschrift umfaßt 18 Seiten und ist besonders reich geschmückt mit dokumentarischen Bildern, welche das Wesen und Wirken des Dichters, des Philosophen, des Historikers, möglichst umfassend in einer Reihe von Einzelaufsätzen darstellen. Die Herstellung ist auf feinem Papier in braunem Tondruck erfolgt, so daß die Nummer, dem Zweck entsprechend, ein Kunstblatt ist, das von unseren Parteigenossen gern gekauft werden wird.

Der Preis für die Nummer ist 20 Pf.

Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die

Buchhandlung Volkswacht

entgegen.

Sozialdemokratisches **Liederbuch** von **Max Kegel.** Preis 40 Pfg.

Die Volksschule wie sie ist von **Otto Rühle** **Preis 30 Pfg.** Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Entree 30 Pfennige.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt mit Ausnahme der „Neuen Welt": Robert Albert; — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6; — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H.; — sämtlich in Breslau. Ausgabeort: Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Beilage zu Nr. 67 der „Volkswacht“.

Dienstag, den 21. März 1905.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung vom Sonnabend, den 18. März, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratstische: Stübel.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des

Kolonialetats

und zwar zunächst der Etat für das ostafrikanische Schutzgebiet, Titel I.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) verlangt die Errichtung einer besonderen Kolonialprofessur und bedauert, daß man nicht in Ost-Afrika die indische Rupienwährung durch die Reichswährung ersetzt habe, wodurch man sich radikaler von dem Handelseinflusse Sansibars befreit hätte. Man hat der ostafrikanischen Gesellschaft das Bankprivileg im Jahre 1903 abgekauft, aber dasselbe Privileg 1905 einer neuen Gesellschaft, die weiter nichts als ein Aufputz der alten ist, ohne jede Gegengabe auf 30 Jahre erteilt. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Die Gesetzgebung über die Schutzgebiete muß unter Zuziehung des Reichstages gründlich reformiert und der einseitigen Regelung durch Reichskanzler-Erlasse entzogen werden. Es wird sich vielleicht empfehlen, gegen die deutsch-ostafrikanische Dampferlinie, die ihr Monopol einigermaßen mißbraucht, eine Konkurrenzlinie zu errichten. Das Zentrum ist bereit, die Ausbreitung der christlichen Kultur zu fördern, es will aber nicht Gelder für große kapitalistische Gesellschaften bewilligen. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** verbreitet sich über einige Anregungen des Abg. Erzberger.

Legationsrat Dr. **Helfferich**: Man konnte die Reichswährung nicht ohne weiteres auf Ostafrika ausdehnen. Die Versuche, eine Reichsnotenbank zu errichten, sind aus technischen Gründen zu Scheitern verurteilt. Wir müssen andere Mittel und Wege finden, um das deutsche Kapital heranzuziehen, dessen bisherige Zurückhaltung eines der großen retardierenden Momente in unseren Kolonien ist.

Geheimrat **Seitz** nimmt die Deutsch-Ostafrikanische Dampferlinie in Schutz.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) verteidigt die Verleihung des Bankprivilegs, ist für Ausbau des Kolonialrechts und für besondere Lehrstühle für Tropenhygiene. (Beifall b. d. Nationalliberalen.)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Wir sind nach wie vor Gegner der Begünstigung des Großkapitals in den Kolonien. Der Kolonialkapitalismus macht in den Kolonien ebenso gute Geschäfte, wie das Reich schlechte macht. Auch wir sind für besondere Lehrstühle für Kolonialrecht unter der Voraussetzung, daß ihre Inhaber ihr Hauptaugenmerk auf das Studium der **Eingeborenenrechte** richten. Ich mache die Kolonialverwaltung ausdrücklich auf die Gefahr eines Eingeborenenaufstandes in Ostafrika aufmerksam. In Südwestafrika hat sie sich auch überraschen lassen. Die gedrückte wirtschaftliche Lage der Eingeborenenbevölkerung Ostafrikas kann leicht zu einem allgemeinen Aufstand führen, sobald ein einzelner Stamm das Signal gibt. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. **Richthofen**-Damsdorf (kons.) zollt der Tapferkeit der deutschen Truppen in Süd-West-Afrika seine und seiner Freunde uneingeschränkte Bewunderung. (Bravo! rechts.) Gegen die schwarze Gefahr, wenn sie auftreten sollte, kann nur die größte Energie helfen. Die Kolonien werden sich günstig entwickeln, wenn der Reichstag sich nicht zu knauserig gegen sie zeigt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** (Rpt.) spricht über Bank-, Verkehrs-, Münz-, Kriegs-, Verwaltungs- und Justizwesen in den Kolonien. (Beifall rechts.)

Abg. **Erzberger** (Zentr.) wendet sich gegen die Verteidigung des Bankprivilegs durch den Abg. Paasche.

Titel 1 und der Rest des Etats für Deutsch-Ost-Afrika werden bewilligt.

Zum Etat für Kamerun Titel 1 teilt

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** ein Telegramm des Gouverneurs mit, welches eine Vermehrung der Schutztruppe in 2 Kompagnien wegen der Unruhe in einigen Bezirken für notwendig erklärt. Die Kolonialverwaltung wird die Vermehrung im Nachtrag für 1905 beantragen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ein zweites Telegramm meldet allerdings, daß bis jetzt die Ruhe nicht gestört ist.

Der Etat für Kamerun wird bewilligt. Zum Etat für Togo wendet sich

Abg. Dr. **Rören** (Zentrum) gegen die Angriffe auf die katholischen Missionen. Weite Kreise des Volkes würden bei einem feindseligen Verhältnis zwischen den Kolonialbeamten und den Missionaren Interesse und Opferfreudigkeit für die Kolonien verlieren. Noch immer gibt es in den Kolonien Beamte, die nur dorthin gegangen sind, um ein lüderliches Leben zu führen, und die nun in den Missionaren unliebsame Zeugen sehen.

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** zollt der Tätigkeit der Missionen beider Konfessionen vollste Anerkennung und bittet, den Beamten eine gewisse Rücksicht zuteil werden zu lassen, damit sie sich erst an die besonderen moralischen Verhältnisse der Kolonien gewöhnen.

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir erkennen an, daß sich die Missionare am meisten für die Kulturinteressen der Eingeborenen interessieren, wenn wir auch in anderer Hinsicht nicht mit ihnen einverstanden sind. (Lachen rechts.) Wenn die Regierung nicht die Beamten ausschließlich aus Offiziers- und Beamtenkreisen, und zwar unter Leuten, die hier nicht recht vorwärts kommen, oder unter **Abenteurern** wählen würde, so würde sie sicher Leute finden, die als Kulturträger in Afrika wirken können. In der Budgetkommission hat der Kolonialdirektor zugestanden, daß nach den Feststellungen einer Untersuchungskommission tatsächlich das den Eingeborenen in Togo gelassene Land bei weitem nicht zur Fristung ihres Lebens ausreicht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Um ein Butterbrot — 6 Pf. pro Ar (Hört, hört! b. d. Soz.) — hat die Togogesellschaft Land von Leuten erworben, die gar kein Verständnis für die Tragweite des Geschäftes hatten. Der Reichstag sollte den Treibereien der Spekulationsgesellschaften schärfer als bisher auf die Finger sehen. (Beifall b. d. Soz.)

Der Etat für Togo wird bewilligt.

Beim Etat für Südwest-Afrika beantragt die Budget-Kommission in einer Resolution die Berufung einer Kommission, in der auch vom Reichstag zu wählende Reichstagsabgeordnete sitzen sollen, zur Prüfung der Rechte und Pflichten und der bisherigen Tätigkeit der Land- und Bergwerkgesellschaften in Südwest-Afrika.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vg.) tadelt, daß die Denkschrift der Regierung in einer den Landgesellschaften günstigen Tendenz abgefaßt sei. Der Denkschriftsteller (Heiterkeit) steht allerdings den Gesellschaften nahe. Die erheblichen Einnahmen werden verschwiegen, es wird verschwiegen, daß den Aktionären der Kolonialgesellschaft für Süd-West-Afrika eine **Dividende von 55 Prozent** in nahe Aussicht gestellt worden ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Oberst von Francois, Graf Pfeil rc. erklären die Landkonzessionen für einen Hemmschuh unserer Kolonialentwickelung. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Kolonialgesellschaft weigert sich, Land an die Ansiedler zu verkaufen, um dadurch den Bodenpreis in die Höhe zu treiben. (Hört, hört! bei den Soz.) In Swakopmund, wo der Boden der Gesellschaft gehört, kostet der Hektar 30,000 Mk. (Hört, hört! bei den Ant. und bei den Soz.) Die Gesellschaften besitzen nicht nur ein Land-, sondern teilweise auch ein Handelsmonopol. Hervorragende Juristen betrachten die Konzession teils als hinfällig, teils als verwirkt durch mangelhafte Erfüllung der Verpflichtungen. Nur durch eine gesunde Bodenreform kann die Kolonie zur wirtschaftlichen Blüte kommen. (Beifall rechts und links.)

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** bittet die Angriffe gegen die Beamten zu unterlassen. (Ironischer Beifall und Heiterkeit fast im ganzen Hause.)

Abg. **Erzberger** (Zentrum) warnt vor einem vorschnellen Urteil und bittet zu verhindern, daß das englische Kapital die Konzessionen auf Diamantenschürfung monopolisieren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Wir hätten lieber statt der hier vorgeschlagenen Kommission eine richtige parlamentarische Untersuchungskommission mit dem Recht der zeugeneidlichen Vernehmung eingesetzt. Erst dadurch wird die volle Bürgschaft gegeben werden, daß die Kommission wirklich in alle Winkel hineinleuchten und auch den Widerwilligen wichtige Antworten abzwacken kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Abg. Lattmann hat mit Recht betont, daß die Kolonialgesellschaften ausschließlich Spekulationszwecken dienen statt Ansiedlungen zu gründen. Sie sorgen nirgends für Wasser und suchen nur die Preise möglichst hochzutreiben. Die Hoffnungen auf den Gemüsebau in Süd-West-Afrika haben sich allesamt nicht erfüllt. Es gediehen nur Wassermelonen, und von denen allein kann man auch in Afrika nicht leben. (Heiterkeit.) Jetzt hegt man wieder ganz übertriebene Vorstellungen von der Zukunft der Viehzucht. Aber unter normalen Verhältnissen ist Englisch-Südwest-Afrika auch für die Viehzucht viel geeigneter als unsere Kolonien. Von einer Ausfuhr wird also nicht die Rede sein können. (Während dieser Ausführungen führen mehrere Abgeordnete der Rechten so laute Privatgespräche in der Nähe des Redners, so daß selbst die amtlichen Stenographen ihn nicht mehr verstehen können.) Ich möchte doch bitten, die Privatunterhaltungen etwas einzustellen, das ist eine recht unangenehme Manier, den Mitgliedern anderer Parteien lästig zu fallen. (Große anhaltende Unruhe rechts. Präsident Graf **Ballestrem** erklärt, daß man nicht annehmen dürfe, daß der Lärm absichtlich gemacht werde.) Ich halte es für die Pflicht des Reichstages gegenüber den Landgesellschaften, nicht nur die Interessen der deutschen Ansiedler, sondern auch die der Eingeborenen wahrzunehmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.) verteidigt die Kolonialgesellschaften, sie seien nicht von Spekulanten, sondern von Kolonialfreunden begründet worden, die ihre paar hundert Mark hergegeben hätten, um nationalen Zwecken zu dienen. (Bravo! bei den Natl.)

Kolonialdirektor Dr. **Stübel** verspricht dem Abg. Dr. Erzberger reindeutsche Gesellschaften in Süd-West-Afrika zu bevorzugen.

Abg. **Erzberger** (Zentr.) erklärt, daß er sich nicht werde zwingen lassen, dem Abg. Ledebour immer zuzuhören. (Heiterkeit rechts.) Seitdem er die Schulbänke verlassen habe, sei eine solche Forderung an ihn noch nie gestellt worden. (Große Heiterkeit links.)

Nachdem noch die Abgg. **Arendt** (Rpt.) und **Müller-Sagan** (freis. Vpt.) für den Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission eingetreten sind, wird er gegen die Stimmen einiger Konservativen angenommen.

Beim Etat für Samoa fragt

Abg. **Südekum** den Kolonialdirektor nach dem Falle Matzat an. Die eingeborenen Polizisten, die diesen dutschen Kolonisten geschlagen hatten, sollten nach dem Versprechen des Kolonialdirektors bestraft und entlassen werden. Keins von beiden sei geschehen. (Hört! hört! bei den Soz.) Wie im Falle des Unteroffiziers Kossack in Süd-West-Afrika seien die Anordnungen der Zentralverwaltung in den Kolonien nicht befolgt worden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Auf eine Anfrage des Kolonialdirektors Dr. **Stübel**, woher der Abg. **Südekum** diese Information habe, erwidert dieser, daß der Abg. Stadthagen sie direkt von dem Farmer Matzat erhalten habe.

Damit schließt die Diskussion. Der Rest der Kolonialetats wird bewilligt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Militärvorlagen).

Schluß 6½ Uhr.

Im Abgeordnetenhause

wurde Sonnabend die dritte Lesung des Etats beendigt; der Justizetat, der Etat des Ministeriums des Innern und der Kultusetat wurden in ziemlich rascher Aufeinanderfolge durchberaten. Beim Justizetat kam der freisinnige Abgeordnete Cassel noch einmal auf die schon bei der zweiten Lesung vom Abg. Gyßling behandelte Frage der systematischen Zurücksetzung jüdischer Richter bei der Beförderung in höhere Aemter zurück und polemisierte gegen den Justizminister, der auf die Beschwerden Gyßlings zu erwidern abgelehnt habe, weil die Beförderungen von Richtern ein ausschließliches Vorrecht des Königs seien. Er wies in zwingender und unantastbarer Weise nach, daß auch das Recht der Krone in den allgemeinen Gesetzen und in der Verfassung seine Grenze habe. Seine Beschwerde richte sich aber gar nicht gegen den Träger der Krone, sondern nur gegen den Minister, der dem Monarchen für die Beförderung der Richter Vorschläge zu unterbreiten habe, und bei diesen Vorschlägen die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und die Verfassung verletze, indem er systematisch jüdische Richter von der Beförderung in höhere Aemter bei seinen Vorschlägen ausschlösse. Der Minister erwiderte mit keiner Silbe. Sein Schweigen ist begreiflich. Entweder hätte er sich selber desavouieren müssen, oder er hätte nicht nur gegen den Abg. Cassel, sondern auch gegen seinen Ministerkollegen, den Freiherrn v. Hammerstein, polemisieren müssen, der auf ähnliche Beschwerden, die von Zentrumsabgeordneten wegen Zurücksetzung von Katholiken bei der Besetzung der höheren Verwaltungsämter erfolgt sind, in ganz eingehender Weise geantwortet hat.

Beim Etat des Ministeriums des Innern wurde vom nationalliberalen Abg. Jänicke die Agitation der Welfen besprochen, ohne daß seine Ausführungen im Hause irgend ein Echo erweckten. Seine Schmerzen über die Ernennung des konservativen Grafen Berg zum Polizeipräsidenten in Hannover wurden von einem Regierungskommissar zu beruhigen versucht, der erklärte, daß bei dieser Ernennung keinerlei politische Gesichtspunkte, sondern nur rein sachliche amtliche Erwägungen maßgebend gewesen seien.

Beim Kultusetat wurde eine kurze Nachlese über die Frage der Konfessionsschule und der Ferienordnungen gehalten. Ein Antrag Rewoldt auf Einführung gleich langer und gleichzeitiger Ferien für höhere Schulen und Volksschulen in den einzelnen Gemeinden wurde abgelehnt, da sich die Regierung energisch dagegen erklärte.

Schließlich verhandelte man noch über den Bremer Staatsvertrag. Es handelt sich da um Abtretung preußischen Geländes an Bremen, das seinen Hafen infolge des Aufschwungs der Schiffahrt bedeutend vergrößern muß. Der Vertrag hat bei der Mehrheit des Hauses das Gefühl erweckt, daß Preußen bei den Abmachungen sehr zu kurz gekommen sei. Er ist deshalb von der Kommission abgelehnt worden, und das Haus stimmte einmütig einem Antrag zu, die Regierung zur Vorlegung eines neuen Vertrages aufzufordern und mit dessen Durchberatung die alte Kommission ohne weiteres zu betrauen. In dem neuen Vertrage soll vor allem jede Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß auf dem abzutretenden, für den Hafenbau bestimmten Gelände industrielle und gewerbliche Anlagen errichtet werden können, die dann, weil sie im

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Der Durchstich des Simplontunnels. Die erste zusammenfassende Darstellung der Arbeiten für den nun vollendeten Durchstich des Simplontunnels bringt aus berufener Feder unter Beifügung zahlreicher Abbildungen und der Porträts der bauleitenden Ingenieure und Unternehmer die „Elektrotechnische und polytechnische Rundschau“ in Frankfurt a. M. Der Durchstich des Symplons wird als einer der größten Triumphe der Ingenieurwissenschaft bezeichnet und in der Tat kann sich auch der Laie der Bewunderung nicht verschließen, wenn er die ungeheure Arbeit näher kennen lernt, die einen unentwegten Kampf zwischen den Naturgewalten und der winzigen Menschenkraft bedeutete. Der Mensch ist als Sieger hervorgegangen; seiner Intelligenz vermochte nichts zu widerstehen. Wir wollen nur einige Zahlen anführen, in denen der geleistete Kraft- und Arbeitsaufwand in deutlicher Weise zum Ausdruck kommt. Bis zur Durchschlagsstelle beträgt die Länge des Nordstollens 10,382 Meter, die des Südstollens 9388 Meter, gleich 19,770 Meter totaler Länge, auf der Nordseite beträgt der Materialausbruch rund 570,000, auf der Südseite rund 500,000 Kubikmeter. Zur Loslösung dieser Gesteinsmenge mußten auf der Nordseite 155,000 Maschinenbohrlöcher mit einer Gesamttiefe von 200,000 Metern und auf der Südseite 195,000 Maschinenbohrlöcher mit einer Gesamttiefe von 260,000 Metern gebohrt werden, weit größer noch ist aber die Zahl der Handbohrungen, auf der Nordseite betrug sie 1⅓ Millionen und auf der Südseite 2,100,000. Bei dieser Arbeit wurde die enorme Zahl von 1,980,000 Maschinen- und 23,950,000 Handbohrschneiden verbraucht. Zur Sprengung der Bohrlöcher wurde Dynamit verbraucht, und von diesem Material wurden auf der Nordseite 552,000 und auf der Südseite 790,000 Kilogramm verbraucht. Die Zahl der benötigten Zündkapseln beträgt gegen 4,000,000 und die verbrannten Zündschnüre hatten eine Länge von 5300 Kilometern. Schließlich ist noch die auf der Südseite abfließende Wassermenge seit dem großen Ausbruche vom 30. September 1901 bis zum Tage des Durchschlages sorgfältig gemessen worden, und die durchschnittliche Berechnung ergab für den Tag das enorme Quantum von 86,400 Kubikmetern, während der 1242 Tage also die schier unfaßbare Menge von 104½ Millionen Kubikmetern oder bei 10 Metern Tiefe und 100 Metern Breite einen Fluß von 104 Kilometern Länge. Auf der Nordseite betrug die abgelaufene Wassermenge etwa die Hälfte jener der Südseite.

Aus aller Welt.

Ehrenmanns Recht. Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Dresden fand am 15. März gegen den Rittergutsbesitzer Moritz Karl Wilhelm Freiherr von Cornberg auf Schloß Langenhennersdorf in der Sächsischen Schweiz ein Aufsehen erregender Nötigungsprozeß statt. Am 11. Juli v. J. war der jugendliche Freiherr Fritz von Uslar-Gleichen aus Oberlängsfeld bei Hersfeld in Hessen, der auf dem Gute des Freiherrn von Cornberg als Volontär beschäftigt war, mit dem verheirateten Pferdeknecht Otto Anders in Streit geraten, weil der letztere sich weigerte, statt der Pferde die Ochsen zu bedienen. Der Gutsinspektor Emil Paul Köhler kam hinzu und verlangte in barscher Weise die Räumung der Wohnung inerhalb 24 Stunden. In dieser kurzen Frist konnte der Knecht mit seiner Frau und zwei kleinen Kindern natürlich kein anderes Obdach finden. Der Inspektor hatte aber kein Erbarmen, er erschien Abends gegen 10 Uhr an der Spitze mehrerer Gutsknechte, ließ die Tür ausheben und warf die wenigen Habseligkeiten der Familie auf die Straße. Die Frau des Betroffenen hatte gerade das Abendessen auf dem Feuer, aber sie mußte die Kochtöpfe einfach im Stiche lassen und hungernd und frierend war die Familie genötigt, die Nacht unter freiem Himmel zuzubringen. Die Folge war eine schwere Erkrankung der Ehefrau des Exmittierten. Der letztere hatte in seiner Hilflosigkeit zwar die Hilfe des Gemeindevorstandes angerufen, dieser konnte jedoch nicht eingreifen, weil die Gerichtsbarkeit der Gemeinde sich nicht auf das Rittergut erstreckte. Der Baron von Cornberg war nun angeklagt, seine Leute angestiftet zu haben, die Wohnung des Knechtes gewaltsam zu räumen. Er gab auch zu, gesagt zu haben: „Wenn er nicht freiwillig geht, müssen wir ihn 'raus werfen!“ Dessenungeachtet wurde der Freiherr freigesprochen, während der Inspektor Köhler zu 150 Mk., seine Knechte zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt wurden.

Aus besseren Kreisen. Ein sensationeller Prozeß erreichte, wie aus Gera geschrieben wird, nach dreitägiger Verhandlung vor dem dortigen Schwurgericht sein Ende. Zwölf Frauen und Mädchen, die zum Teil den besser gestellten Ständen angehören, hatten sich wegen Verbrechens gegen das keimende Leben zu verantworten. Die Seele des Ganzen bildet die Gastwirtsehefrau Borisch, die gegen 20 bis 50 Mark Honorar Auskunft in diskreten Verhältnissen erteilte. Vor einiger Zeit starb im Geraer Krankenhause eine Frau an den Folgen einer Fehlgeburt. Bei der Untersuchung des Falles kamen die Bohrisch mit ihrem Erwerb und die Namen der übrigen elf Frauen und Mädchen zu Tage. Die meisten Angeklagten bestritten, in anderen Umständen gewesen zu sein, sie hätten lediglich wegen Verhütung der Schwangerschaft den Rat der Bohrisch eingeholt. Nach einer Reichsgerichtsentscheidung ist aber auch der Versuch am „untauglichen Objekt“ strafbar. Die acht Verteidiger wandten sich gegen die Entscheidung des Reichsgerichts, die zu den unsinnigsten Konsequenzen führe. In fünf Fällen verneinten die Geschworenen die Schuldfragen. Sechs Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von einem bis zu neun Monaten, die Hauptangeklagte Bohrisch wurde unter Ausschluß mildernder Umstände zu zwei Jahren neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Prozeß hat unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden. Ein zweiter Prozeß mit einer noch größeren Zahl Angeklagter steht bevor.

Die Not. Wegen einer bevorstehenden Zwangsvollstreckung hat die 41jährige Schuhmacherfrau Anna Jupke, Prinz-Handjerystraße 60, ihren zweijährigen Sohn getötet und sich dann selbst entleibt. Das Ehepaar Jupke war aus Wohlau (Schlesien) vor Jahresfrist nach Rixdorf gekommen, nachdem es in der Heimat den Zusammenbruch seines Vermögens zu beklagen hatte. Das dem Ehepaar gehörige Grundstück wurde zur Befriedung der Gläubiger freihändig weit unter dem Wert verkauft es blieb eine Schuld von 200 Mark. Dieser Restbetrag wurde eingeklagt. Der Termin stand jetzt vor dem Amtsgericht in Wohlau an. Die Frau fürchtete nun, daß sofortige Zwangsvollstreckung eintreten werde, so daß sie ohne Möbel und sonstige Einrichtung mit Mann und Kindern mittellos dastehen würde. In der Verzweiflung legte sie Hand an sich und das jüngste Kind. Der Mann wurde Nachts durch ein Röcheln geweckt, zündete Licht an und sah entsetzt, daß das jüngste Kind mit einem Tuche erwürgt war. Die Frau stöhnte noch; sie hatte sich um den Hals einen Bindfaden so fest geschnürt, daß er tief in das Fleisch einschnitt. Statt die Schnur durchzuschneiden lief der vor Schrecken jeder Ueberlegung beraubte Mann zu einem Arzt, und als er mit diesem wiederkam, war auch die Frau bereits tot. Auf dem Tisch fand man folgenden Brief: „Lieber Mann! Ich kann nicht mehr weiter leben. Sei ein guter Vater zu den Kindern! Verkaufe alles und schaffe Dir das Geld! Lebe recht wohl und verlaß die beiden nicht! Otto soll mit mir ziehen. Grüße alle Verwandten und Geschwister! Laß Frieda ein Kleid von dem meinen machen!“

Eine gebörstene Zentrumssäule. Wegen Unterschlagung von Klientengeldern in bedeutendem Betrage ist der Rechtsanwalt Sarabaß in St. Ingbert bei Neukirchen in der Pfalz, ein eifriger

Zollaufhebung liegen würden, der benachbarten Industrie im Zollinlande eine übermächtige Konkurrenz bereiten würden.

Der Montag bleibt sitzungsfrei. Am Dienstag stehen die Wegeordnung für Westpreußen und der erste Teil der wasserwirtschaftlichen Vorlage, das sog. Freihaltungsgesetz, auf der Tagesordnung.

Die „Wendung."

Jetzt hat nun der Krieg, der den Russen so viele Sorge bereitet, der hunderttausende blühender Menschenleben schon dahingerafft, eine entscheidende „Wendung" genommen: Kuropatkin hat seine Feldherrn-Laufbahn beschließen müssen und ist auf der Rückreise nach Petersburg begriffen. An seiner Stelle soll General Linewitsch als Oberstkommandierender die „Waffenehre" der Russen wiederherstellen. Man weiß von Linewitsch' bisherigen Heldentaten sehr wenig zu berichten und nur der Umstand, daß er sich bereits längere Zeit in Ostasien aufhält und außerdem bei den Soldaten sehr populär sein soll, scheint ihm das wenig beneidenswerte Amt des Kutschers verschafft zu haben, der die verfahrene Karre wieder aus dem Sumpfe ziehen soll. Ueber den Lebenslauf des neuen Oberstkommandierenden werden folgende dürftige Daten mitgeteilt:

Nikolai Petrowitsch Linewitsch ist am 24. Dezember 1838 im Gouvernement Tschernigow geboren. Im Jahre 1855 trat er als Freiwilliger in das Siewäß-Regiment ein, und vier Jahre später wurde er schon als Offizier nach dem Kaukasus zur Unterdrückung der Tschetschenza gesandt. Im Türkenkriege 1877 nahm Linewitsch an zahlreichen Gefechten teil und trug Verwundungen am linken Arm, der Seite und dem Fuß davon. Damals erhielt er den St. Georgsorden, einen goldenen Säbel und wurde zum Oberst befördert. Nach dem Türkenkrieg kommandierte Linewitsch abwechselnd verschiedene Regimenter und 1895 wurde er zum Kommandierenden der Süd-Ussurischen Truppen ernannt, wo er die vorzügliche Ausbildung der sibirischen Schützen erreichte. Beim Boxeraufstand im Jahre 1900 führte Linewitsch die Petschili-Abteilung zur Befreiung der Gesandten nach Peking und nahm an der Erstürmung der Hauptstadt Chinas teil. Von 1903 war Linewitsch Kommandeur der Truppen im Primorsk'aja-Gebiet.

Beneidenswert wird die Rolle des neuen Mannes nicht sein. Ihm soll nämlich noch eine Art Aufseher in der Person des Großfürsten Nikolaus gesetzt werden. Zum Chef seines Generalstabs bekommt Linewitsch den General Puchomlinow; Sacharow wird dessen Unterchef. Die drei russischen Armeen sollen außer von Kaulbars von dem General Gerschelmann und angeblich von Griepenberg befehligt werden. Dragomirow, Grodekow, Roop und Romarow bilden, so heißt es, ein Petersburger Kriegskomitee, das beauftragt ist, einen neuen Plan zu entwerfen und dessen Ausführung ständig zu überwachen.

Das baltische Geschwader,

das beinahe 8 Monate an der Küste von Madagaskar gelegen hat, ist nunmehr am 16. März aufgebrochen und mit unbekannter Bestimmung in See gegangen. Es hätte auch nicht lange gedauert, dann wäre die japanische Flotte bei ihnen zu Besuch gekommen.

Russisches Beamtentum.

Von der Gemütlichkeit auf der sibirischen Eisenbahn plaudert ein Korrespondent des „Sib. Wjestn." in nachstehender Weise:

27. Januar Nachts: vor dem Bahnhofe steht ein langer Zug, die meisten Passagiere schlafen. Im Saal erster Klasse sitzen vier Passagiere vor einem üppig gedeckten Tisch in lebhaftem Geplauder. Das erste Glockenzeichen ertönt. Gleich darauf tritt der Stationschef in den Saal, verbeugt sich elegant vor der fidelen Tafelrunde, legt die Hand an den Mützenschirm und sagt: „Meine Herren, es ist Zeit!" Die vier Herren legen dieser Aufforderung keinen besonderen Wert bei und fordern den Stationschef auf, an der Tafel Platz zu nehmen. Nachdem der Stationschef sich niedergelassen, sein Glas geleert hatte und in eine gemütliche Stimmung gekommen war, sagt zu ihm ein Herr aus der Gesellschaft: „Geht es nicht an, den Zug ein halbes Stündchen noch zurückzuhalten, wir hätten unterdessen Zeit, allen diesen Herrlichkeiten, die vor uns stehen, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen?" — „Unmöglich, das erste Glockensignal ist bereits gegeben worden." — „Ach was, es wird sich schon machen lassen — nicht wahr?" — „Gut, meine Herren." — Es ist Nacht, der Zug steht vor dem Bahnhof, die Passagiere schlafen und nur im Wartesaal erster Klasse ist lautes Lachen und Gläsergeklirr zu vernehmen, die halbe Stunde vergeht wie im Fluge. — „Nun aber ist es Zeit, meine Herren!" sagt der Stationschef. Seine Worte erregen allgemeinen Widerspruch. Man bittet und drängt, und als man die Bitten durch den Hinweis auf die erst halb geleerten Flaschen unterstützt, läßt sich der Stationschef erweichen. — „Gut, noch 15 Minuten." — Es ist Nacht, der Zug steht noch immer vor dem Bahnhofe und die Passagiere schlafen. . . . Unterdessen wartet man auf den Stationen beider Richtungen mit brennender Ungeduld auf die Meldung über den Abgang des Zuges. Der ganze Apparat stockt, die sorgfältig ausgearbeiteten, bis auf die Minute regulierten Fahrpläne werden umgeworfen, ungezählte Tausende leiden darunter in der einen oder anderen Weise, und das alles — weil ein Stationschef sich gemütlich in einer „nassen" Gesellschaft befindet!

Angesichts solcher Zustände ist es selbstredend nicht zu verwundern, wenn das ganze absolutistische Reich schließlich krachen geht.

Japan und sein Ruhm.

Der japanische Gesandte in London, Vicomte Hajaschi, hat, wie der „Voss. Ztg." berichtet wird, dem Vertreter des „Matin" über die Friedensschalmeien des Pariser Blattes folgendes gesagt:

„Sie kennen das japanische Volk nicht. Sie sagen uns: „Schließen Sie Frieden, Ihr Ruhm muß Ihnen genügen, der Platz, den Sie durch Ihre Siege unter den Großmächten errungen, muß für Sie eine äußerst lebhafte Genugtuung sein, Sie haben das Recht stolz zu sein, die ganze gesittete Welt bewundert Sie, seien Sie nun großmütig." Auf **diese Dinge gehen wir nicht ein.** Wir Japaner glauben uns heute nicht größer, als vor dem Kriege. Wir sind nicht stolzer als vor einem Jahre. Unser Volk, das vor dem Kriege **den Frieden liebte** und die Gewaltverabscheute, glaubt sich heute in keiner Hinsicht **weder sittlich noch gesellschaftlich weitergekommen**; im Gegenteil, es bedauert, daß es gezwungen wurde, **Menschen zu morden, die es nicht hatte.** Wenn wir alle in Verhandlungen eintreten könnten, würden wir das, was Sie Ruhm und Platz in der Vorderreihe nennen, sicher nicht in Ansatz bringen."

Aus den verständigen Ausführungen könnten die deutschen Hurrapatrioten lernen, wenn sie — wollten!

Im allgemeinen scheint man in Rußland die bange Stimmung durch bramarbasierende Redensarten verschleiern zu wollen. Der Petersburger Korrespondent der „Kölnischen Zeitung" telegraphiert seinem Blatte, an maßgebender Stelle werde daran festgehalten, daß der Krieg bis zu durchschlagendem Erfolge fortgesetzt werden soll, daran vermöge, wie gut unterrichtete Persönlichkeiten wissen wollen, auch die Ablage der französischen Banken, die allerdings im ersten Augenblick bis in die höchsten Kreise große Bestürzung und Unwillen hervorrief, nichts zu ändern.

Vom Kriegsschauplatze

fehlen zuverlässige Nachrichten fast vollständig. Am 16. März telegraphierte Kuropatkin noch dem Zaren:

„Die Arrieregarden unserer Heere kämpfen am 15. März auf einem Höhenkamme südöstlich von Tieling und bei dem gleichfalls südöstlich von Tieling gelegenen Dorfe Paliputan. In der Nacht gingen die Arrieregarden bis zu den am Knie des Liaho und bei dem Dorfe Kaolinsa gelegenen Stellungen zurück, ohne vom Feinde bedrängt zu werden. Am 16. März setzten die Heere ihren Marsch fort. Die Stadt Fakumoen wurde am 15. März von Chunchusen besetzt.

Weiter wird aus Petersburg berichtet:

Im Generalstabe sind Nachrichten über die Generäle Kaulbars und Bilderling eingetroffen, wonach sich diese wohl befinden. Ueber die von ihnen geführten Truppenabteilungen fehlt jedoch noch jegliche Meldung. Von amtlicher Seite werden nunmehr die enormen Verluste der Russen bei Mukden zugegeben: zirka 2000 russische Offiziere und über 60,000 Soldaten sind kampfunfähig gemacht worden. Die japanischen Truppen, die die Verfolgung der russischen Armee aufgenommen haben, rücken weiter nach Norden vor, um gegebenenfalls den von ihnen gebildeten Ring zu schließen und die dazwischen liegenden russischen Truppenteile abzufangen.

Die Japaner auf den Fersen.

Marschall Oyama berichtet, daß japanische Truppen am 16. März rechts des Liaho acht russische, mit Artillerie versehene Eskadrons zerstreut haben, worauf sie die nördlich von Tieling, auf der rechten Seite des Liaho gelegene Anhöhe besetzten und den im Rückzuge begriffenen Feind, der aus einer Infanteriedivision und mehreren Eskadrons bestand, beschossen.

Ueber Kuropatkins Niederlage,

ihre Ursachen und ihre Folgen berichtet der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg.":

Alle russischen Truppenkorps sind wieder gesammelt. Die Gesamtverluste der russischen Armee sind geringer als die japanischen Meldungen angeben. Die **Hauptursache der russischen** Niederlage sind nach Ansicht gutunterrichteter Kreise in dem mangelhaften **Kundschafterdienste** zu suchen, sowie in der **Unzulänglichkeit zahlreicher Offiziere aller Grade.** Die russischen Führer hatten keine Fühlung miteinander. Bei den jüngsten Kämpfen bei Taichitschiao rückten die Russen sogar in einen Ort ein, um ihn zu besetzen, ohne zu wissen, daß der Platz von den Japanern bereits besetzt war.

Mobilisieren, aber hübsch langsam!

Daß die Entsendung einer neuen Armee nach der Mandschurei sich nicht so leicht vollziehen kann, wie es sich die russischen Kriegsenthusiasten und Chauvinisten vorstellen, weiß die Wiener „N. Fr. Pr." nach. Da heißt es:

Der Gang oder die Raschheit der Mobilisierung nimmt auf die Operationsbereitschaft des neuen Heeres am Kriegsschauplatze keinen wesentlichen Einfluß, sondern ausschließlich nur die Zahl der in den Ausmarsch-Stationen des Kriegsschauplatzes anlangenden Truppen. Nachdem diese Zahl bekannt ist, läßt sich leicht berechnen, innerhalb welcher Zeit die zur Mobilisierung bestimmten 160,000 Mann am Kriegsschauplatz eintreffen können. Bei der beschränkten Leistungsfähigkeit der Sibirischen Bahn, die im Echelonverkehr täglich nur acht Züge in jeder Richtung ermöglicht, ferner in Berücksichtigung des ungeheuren Materialtransportes zum Zwecke der Verpflegung und Ausrüstung des Heres, der auch den acht Tageszügen zur Last fällt, können täglich nicht mehr als höchstens tausend Mann an dem Kriegsschauplatze ausmarschiert werden. 160,000 Mann erfordern daher 160 Tage, dazu die Fahrtdauer von 45 Tagen, also im ganzen **225 Tage oder siebeneinhalb Monate,** um **auf den Kriegsschauplatz zu gelangen.** Die neuformierte Armee würde sonach erst im Monat November zur Verfügung des Armeeoberkommandos stehen, das heißt gerade zu jener Zeit, in welcher der Frost wegen der Operationsstillstand beginnt und, wie wir es miterlebt haben, mindestens drei Monate dauert, sodaß auf den Beginn einer russischen Offensivoperation erst im nächsten Jahre, etwa zur selben Zeit, wie diesmal die japanische eingeleitet wurde, zu rechnen wäre. Allerdings könnten während dieser drei Monate weitere 90,000 Mann in den Operationsraum gebracht werden, wonach vielleicht die Zahl von 400,000 Mann theoretisch, das heißt nach Abrechnung der innerhalb des Jahres eingetretenen Abgänge, erreicht wird. Die gleiche Zeit käme aber auch den Japanern zu gute, sodaß die Chancen für die Russen selbst nach der Kraftanstrengung ebenso fraglich blieben, wie sie bisher waren.

Was Rußland immer unternehmen mag, das schädliche Moment, die Entfernung des Kriegsschauplatzes von der europäischen Hauptbasis, läßt sich während dieses Krieges nicht beseitigen, und deshalb ist **sein Schicksal bereits entschieden.** Der Plan, die Kriegsmittel der Japaner zu erschöpfen, ist aber zu phantastisch, als daß er die ungeheuren **voraussichtlich nutzlosen Opfer** bei Fortsetzung des Krieges rechtfertigen könnte.

Das sind keine Phantasiegebilde, sondern das ist eine nüchterne, zahlenmäßige Berechnung, die auf der Grundlage beruht, daß $2 \times 2 = 4$ ist.

Der russische Befreiungskampf.

Wieder einmal hat eine Bombe die greisen Petersburger Staatsstützen in Angst und Schrecken versetzt. Diesmal galt sie Pobjedonoszew, dem finstersten Reaktionär selbst. Sie hat allerdings ihr Ziel nicht erreicht, aber, wie es in der Weltgeschichte geht: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

Die Nachricht lautet:

Freitag Nacht hat vor dem Hause des Generalprokurators des Heiligen Synods eine **Bombenexplosion** stattgefunden, die großen Schaden anrichtete. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Das Attentat hat große Bestürzung hervorgerufen; eine große Menschenmenge begab sich an Ort und Stelle, um die Wirkungen der Explosion in Augenschein zu nehmen.

Inzwischen hat man „festgestellt", daß der

Kartätschenschuß an der Newa

auf ein „Versehen" zurückzuführen sei, allerdings ein Versehen, das lange Freiheitsstrafen nach sich zieht. Es wird nämlich berichtet:

Die Untersuchung des Zwischenfalles beim Salutschießen während des Festes der Wasserweihe am 19. Januar stellte endgiltig (!) das **Fehlen einer bösen Absicht** fest. Das Kriegsgericht verurteilte wegen Unterlassung dienstlicher Obliegenheiten den Kapitän Dawydow, den Stabskapitän Karzew und den Unterleutnant Roth II zum Verlust gewisser Vorrechte, zur Dienstentlassung ohne Verlust des Ranges und zu folgenden Festungsstrafen: Dawydow zu eineinhalb Jahren, Karzew zu einem Jahr 5 Monaten, Roth II zu einem Jahr 4 Monaten. Außerdem wurden verurteilt: Roth I zu drei Monaten Arrest auf der Wache und Einschränkung gewisser Vorrechte, der Geschützführer Gondarew und der Kanonier Alyalkow zum Verlust gewisser Vorrechte und Einstellung in das Arrestantenbataillon auf zwei Jahre. Der Oberstleutnant und der Geschützführer Patrikejew sind freigesprochen worden.

Die Unruhen

dauern fort, insbesondere macht jetzt die Bauernbewegung der Regierung Sorge. Amtlichen Berichten zufolge werden von den Bauern Versammlungen veranstaltet, in denen Briefe des Priesters Gapon verlesen werden, welche auf die Bevölkerung großen Einfluß ausüben. Die Unruhen dauern fort. Mehrere Großindustrielle des Gouvernements Witebsk, welche in Petersburg eintrafen, erklärten, daß die meisten wohlhabenden Eigentümer dieser Provinz infolge der jüngsten Aufstände ruiniert worden sind. Die Unruhen erstrecken sich sogar bis nach Sibirien!

Wie schrecklich die Not in dem ganzen Lande schon geworden ist, geht aus der Bemerkung hervor, die das russische Blatt „Nowosti" macht:

„Es ist an der Zeit, aus dem politischen Winterschlaf zu erwachen, denn es sind **hundert Millionen, die bei uns anklopfen und ihren Hunger gestillt haben wollen.** Jawohl, es ist eine offenkundige Tatsache: **80 Prozent unserer Bevölkerung verfügen nicht einmal über das primitivste Nahrungsmittel, das Brot!** Und wenn wir länger zögern, den Bauern entgegenzukommen, werden wir **ein schreckliches Schauspiel erleben. Eine elementare Katastrophe wird über unser Reich hereinbrechen,** die wir ungefähr mit einem vom Sturm getriebenen verheerenden Feuer im Urwalde vergleichen könnten."

Aus Warschau wird gemeldet:

Drohbriefe, die der Direktion der Weichselbahn zugegangen sind, rufen Befürchtungen für die Sicherheit der Eisenbahnbrücken zwischen Sielce und Malkin hervor. Die Direktion hat die militärische Bewachung der Brücken verlangt.

Abgeschnittener Verkehr.

Die seit Sonnabend für den Güterverkehr mit Rußland gesperrten Linien der Warschau-Wiener und der Weichsel-Eisenbahn bleiben auch weiterhin gesperrt. Die russischen Güterabfertigungen in Sosnowice sind bestrebt, die angestauten Wagenmengen nach Möglichkeit abzurollen und benützen hierzu ausnahmsweise den Sonntag. — Die Kaiser Ferdinand-Nordbahn hat die Linie Czakowa—Granica für die Güterausfuhr nach Rußland wieder freigegeben. Nur für Kohlenladungen, die für die Warschauer Gasanstalt bestimmt sind, bleibt diese Eisenbahnlinie wegen Wagenanstauung auf dem Warschauer Güterbahnhof gesperrt.

In Lodz ist der Arbeiterausstand wieder ausgebrochen, in Libau wurden zwei Schutzleute entwaffnet.

Partei-Angelegenheiten.

Wegen Beleidigung der Offiziere der preußischen Armee hatte sich am 27. September v. J. vor dem Erfurter Landgericht der verantwortliche Redakteur der dortigen „Tribüne", Genosse Otto Michaelis, zu verantworten. Die Tat soll begangen sein durch Veröffentlichung eines Leitartikels über die zweijährige Dienstzeit in der am 20. Februar 1904 erschienenen Nummer. Die Anklage erblickt die Beleidigung in dem vorletzten Absatze des Artikels, weil darin den Offizieren niedrige Gesinnung vorgeworfen werde. Das Landgericht hat den Angeklagten freigesprochen, weil es einen strafbaren Tatbestand nicht feststellen konnte. — Die Revision des Staatsanwalts gegen dieses Urteil wurde vom Reichsanwalt für begründet erklärt. Für jeden, so bemerkte er, der das Urteil unbefangen lese, sei es ungemein überraschend. Das Landgericht verkenne den Begriff der Tatsachen und setze sich in Widerspruch mit gebrauchten Entscheidungen des Reichsgerichts. Er beantrage die Aufhebung des Urteils und empfehle die Verweisung der Sache

---

Vorsitzenden des Zentrums, flüchtig geworden. Die Frau des Sambaß entflammte einer angesehenen Familie. Als sie vor zwei Jahren erfuhr, daß ihr Mann sie mit anderen Frauenzimmern schamlos hintrieb, fuhr sie nach Saarbrücken und ertränkte sich in der Saar. Die Strafanzeige gegen den Rechtsanwalt soll sein eigener Bureauvorsteher erhalten haben. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen nicht nur in der Wohnung von Sambaß, sondern auch in den Geschäftsräumen der von ihm gegründeten „Westpfälzer Volkszeitung", eines Zentrumsblattes, Haussuchungen vornehmen lassen.

Der Prozeß Modugno. Dieser Tage fand vor dem Schwurgerichtshofe zu Perugia der Prozeß gegen den Leutnant Vito Modugno, der unter der Anklage des Gattenmordes steht, begonnen. Die Vorgeschichte dieses in ganz Italien mit dem größten Interesse erwarteten Prozesses ist folgende: Im Dezember 1902 wurde das Dienstpersonal des Hauses Modugno durch zwei Schüsse aufgeschreckt. Als die Dienstboten das Schlafgemach der Frau Modugno betraten, fanden sie diese schon als Leiche. Später fand man einen Brief vor, in welchem die Tote ihren Entschluß kundgab, sie wolle sich aus Gewissensbissen das Leben nehmen. Es wurde jedoch Verdacht geschöpft, daß nicht Selbstmord vorliege, sondern daß der Leutnant seine Frau erschossen habe. Auf Grund eines Gutachtens von Sachverständigen, die die Leiche untersucht hatten, wurde Modugno am 15. Januar 1903 verhaftet. Als schwerstes Verdachtsmoment seiner Schuld sprach der Umstand, daß die Schüsse direkt von unten nach oben das Gesicht der Frau getroffen hatten, daß ihr eigener Arm nach Ansichten der Gutachter die Waffe unmöglich geführt haben konnte.

Mailand. Auf dem Lustdampfer „Germania" der mailändischen Gardasee-Linie kann der Passagier erster Klasse täglich folgende Speisen-Symphonie genießen:

Des Morgens vor dem Aufstehen: ein Frühstück, bestehend aus Tee, Kaffee, Chokolade, Weinmanden für den englischsprechenden Kindern des Morgens beliebt, Birnen, Melonen, Brot und Butter, Brötchen.

Nach dem Aufstehen, im Saale: Frühstück, bestehend aus allem gebräuchlichen warmen und kalten Fleisch, Eiern, Fischen etc., zum Schluß heiße Kuchen und Gebäck und Sorbets.

Um elf Uhr Vormittags: Bouillon in Halbliterflaschen und Rotwein.

Um zwölf Uhr Mittags: belegte Brötchen auf dem Deck herumgereicht.

Um ein Uhr Mittags: Lunch. Verschiedene Gänge, Speisen, die beim Hauptfrühstück noch nicht aufgetischt waren, und mehrere andere.

Um drei Uhr Nachmittags: Eis aller Fruchtgattungen, Gebäck, Kuchen.

Um vier Uhr Nachmittags: Tee, Kaffee, Chokolade, Butterbrot, Kalte, Tee.

Um fünf oder sechs Uhr Nachmittags: Süßigkeiten, Konfekte, Marmeladen auf Deck herumgetragen.

Um sieben Uhr Abends: Diner. Unzählige Gänge, Delikatessen der verschiedensten Gattung, Primeurs.

Um zehn Uhr Abends: Souper, Gelees, Sandwichs, Obst, Tee, Kaffee, Liköre.

Das ist gelebt Wahrheit! Im Anschluß kann man der Passagiere bedauern nicht bessern das Vaterunser durch die hohlen Backen blasen.

an ein anderes Gericht. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Naumburg an der Saale.

Lassalles Rede über die Presse vor Gericht. Vom Schöffengericht zu Pforzheim wurden die Genossen E. Geck-Karlsruhe und Faaß-Pforzheim zu 100 und 25 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung der Redakteure der Pforzheimer bürgerlichen Presse verurteilt. Die genannten Genossen hatten ein Flugblatt gedruckt und verbreitet, welches in der Hauptsache die prächtige Lassallesche Charakteristik der Bourgeoispresse wiedergab und in dem dann Schlußfolgerungen auf die Pforzheimer Lokalpresse gezogen wurden. Einige mitgeteilte Belege sollten die Verlotterung der angegriffenen Presse beweisen. Das Gericht billigte den Angeklagten den Schutz des § 193 zu, da sie die Absicht gehabt hätten, die Presse zu heben, aber da die Form beleidigend sein soll, warf man die oben angeführten Strafen aus.

Am Donnerstag kam vor demselben Schöffengericht die Privatbeleidigungssache des Reichstagsabgeordneten für Pforzheim, Genossen Emil Eichhorn, gegen die Redakteure der Pforzheimer Bourgeoisblätter zur Verhandlung. Den Gegenstand derselben bildeten einige Artikel der genannten Presse, worin Eichhorn in gehässigster Weise persönlich beleidigt worden war. Ueber das Ergebnis der Verhandlung wird berichtet: Redakteur Weber vom „Tageblatt" wurde zu 80 Mk., Bode vom „Anzeiger" zu 50 Mk. und Clemm vom „General-Anzeiger" zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Strafkonto der Parteipresse. Genosse Ernst Müller, Redakteur des „Volksblattes für Hessen und Waldeck", wurde am Mittwoch wegen Beleidigung eines Pfarrers, eines Tischlermeisters und eines Totengräbers zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Er hatte einen Artikel „Eine Friedhofsgeschichte" gebracht, es stellte sich aber heraus, daß er von den Zeugen düpiert worden sei. — In einer zweiten Sache wurde Genosse Müller zu 50 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung eines Bauunternehmers verurteilt.

Der 7. hannoversche sozialdemokratische Provinzialparteitag fand Sonntag unter der Leitung des Genossen Meister zu Hannover statt. Es waren 40 Delegierte erschienen. Dem vom Genossen Meister erstatteten Geschäftsbericht entnehmen wir, daß unsere hannoverschen Genossen mit der Reichstagswahl von 1903 die zweitstärkste Partei ihrer Provinz geworden sind. Ihre Stimmenzahl stieg von 98,295 im Jahre 1898 auf 130,084. Auch die Landtagswahlen haben nicht nur agitatorische, sondern auch, namentlich in Linden, tatsächliche Erfolge gebracht. Die Diskussion betraf hauptsächlich die Stellung zu den Wahlen. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

In Erwägung, daß die Welfen immer deutlicher ihren wahren ultramontan-konservativ-reaktionären Charakter offenbart haben, spricht der Provinzial-Parteitag die Ueberzeugung aus, daß nicht der geringste Anlaß für die Sozialdemokratie vorliegt, sich irgendwie für die Welfen zu engagieren. Welfen und Nationalliberale, wie alle bürgerlichen Parteien, sind gleiche Uebel, woraus für die Sozialdemokratie der Provinz folgt, daß sie lediglich nach Erfolgen aus eigener Kraft zu streben hat.

Sodann wurde ein vom Agitationskomitee ausgearbeitetes Statut für die neu zu gründende Landesorganisation beraten. Nach dem Referat des Genossen Brey und einer ausgedehnten Debatte wurde das Statut mit verschiedenen Zusatzanträgen genehmigt. Damit ist auch für die hannoversche Partei die Zentralisation herbeigeführt, die sich längst als dringendes Bedürfnis einer wirksamen Agitation herausgestellt hat. Das Statut bestimmt, daß in jedem Kreise nur ein Wahlverein bestehen darf, der aber Mitgliedschaften an den einzelnen Orten zuläßt. Die Vereine erhalten einheitliche Statuten und Mitgliedsbücher, sowie Beitragsmarken, die vom Vorstand der Landesorganisation unentgeltlich geliefert werden. Das Statut tritt am 1. Januar 1906 in Kraft. Zu Vorsitzenden der Landesorganisation wurden die Genossen Meister und Dörnke gewählt.

Es lagen verschiedene Anträge über den Ausbau des Parteiblattes vor, die sich durch die Mitteilungen des Genossen Meister erledigten, daß die stadthannoverschen Genossen den „Volkswillen" am 1. April 1906 in eigene Regie übernehmen und dann alle Wünsche berücksichtigen würden. Es hat sich eine Kommandit-Gesellschaft Meister u. Co. gebildet, die den Betrieb der Zeitung an dem genannten Tage in einem bereits angekauften Hause der Münzstraße aufnehmen wird.

Ueber das Kommunalwahlrecht in der Provinz Hannover referierte Genosse Leinert. Es wurde eine von dem Referenten eingebrachte Resolution angenommen, die die Parteigenossen in allen Gemeinden auffordert, den kommunalen Angelegenheiten erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich überall an den Gemeindewahlen zu beteiligen. Ferner wurde beschlossen, beim Parteivorstand die Anstellung eines Parteisekretärs für die Provinz Hannover zu beantragen.

An die preußischen Bergleute!

Kameraden! Die Revier-Konferenz in Essen am 9. Februar 1905 beauftragte die unterzeichnete Kommission, die nötigen Schritte zu tun, um bei der Durchführung der angekündigten Berggesetzreform die Interessen der Bergarbeiter energisch zu vertreten. Da nun der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf betr. Bergarbeiterschutz vorliegt, derselbe aber den Wünschen der Bergarbeiter in vielen Teilen nicht entspricht, so erachten wir es für unsere Pflicht, einen

Bergarbeiter-Delegiertentag
für Preußen

einzuberufen, um allen preußischen Bergbaurevieren Gelegenheit zu geben, Stellung zu der Gesetzreform zu nehmen.

Der Delegiertentag tritt zusammen am

28. März 1905 in Berlin, Vormittags 10 Uhr

und tagt im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Für die Tagung sind drei Tage vorgesehen.

Als vorläufige Tagesordnung setzen wir fest:

1. Konstituierung des Bureaus und der event. Kommission.
2. Berggesetzgebung im allgemeinen.
   Referent: Otto Hue.
3. Die Gesetzesnovelle über die Zechenstillegung.
   Referent: Hermann Köster.
4. Die Gesetzesnovelle über die Bergarbeiterverhältnisse.
   a) Dauer der Schichtzeit und Ueberschichtenwesen.
      Referent: Fritz Husemann.
   b) Arbeiterausschüsse.
      Referent: Johann Effert.
   c) Grubenkontrolle.
      Referent: Karl Kühme.
   d) Wagennullen.
      Referent: Bernhard Hammacher.
   e) Strafwesen.
      Referent: Josef Rexinski.
   f) Frauen- und Kinderarbeit.
      Referent (wird noch bestimmt).
5. Reform des Knappschaftswesens.
   Referent: Hermann Sachse.
6. Normal-Arbeitsordnung.
   Referent: Heinrich Hausmann.
7. Sonstige Anträge.

Die unterzeichnete Kommission wird an alle auf dem gewerkschaftlichen Boden stehenden Bergarbeiter-Organisationen in Preußen spezielle Einladungen ergehen lassen, da die Wahl der Delegierten den Organisationen überlassen bleibt. Wir bitten die genannten Bergarbeiter-Organisationen, ihre etwaigen Anträge zur Berggesetzreform zu formulieren und der unterzeichneten Kommission bis spätestens 21. März einzusenden. Die Kosten der Delegation trägt jede Organisation für sich.

Mit kameradschaftlichem Glückauf!

Die Siebener-Kommission:
Effert. Kühme. Sachse. Hausmann. Rexinski. Korpus. Hammacher

Arbeiterbewegung.

Einen guten Erfolg hat der Riesenkampf der Ruhrbergleute augenscheinlich noch gezeitigt. Der Zustand, daß die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Organisationen sich auf das Bitterste bekämpfen, daß dabei insbesondere von christlicher Seite persönlich-gehässig gekämpft wurde, scheint beseitigt werden zu sollen. Es wird nämlich folgende „Erklärung" veröffentlicht:

Essen, den 5. März 1905.

In der heutigen Zusammenkunft, an der teilnahmen:
1. Herr Joh. Efferts zu Altenessen,
2. „ H. Rürup, daselbst,
3. „ Otto Hue zu Rüttenscheid,
4. „ Heinrich Hansmann zu Eichlinghofen,

wurde folgender Vergleich abgeschlossen:

Die am hiesigen Schöffengericht bezw. Landgericht schwebenden Privatklagen:
a) Sachse und Gen. gegen Rürup,
b) Sachse und Gen. gegen Rürup,
c) Sachse und Gen. gegen Rürup,
d) Nobis gegen Rürup,
e) Schürholtz und Gladewitz gegen Rürup,
f) Hue gegen Rürup

werden zurückgenommen.

Die gerichtlichen Kosten werden geteilt, die außergerichtlichen werden gegen einander aufgehoben.

Es werden folgende Erklärungen abgegeben seitens des Herrn Rürup: 1. An der persönlichen Ehrenhaftigkeit der verstorbenen früheren Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes, Schürholtz und Gladewitz besteht kein Zweifel. 2. Der Versicherung des Nobis, daß er die vom Zeugen Bloch bekundete Aeußerung nicht in Beziehung auf den Knappschaftsältesten Ulrich gebraucht habe, schenke ich Glauben. 3. Ich habe mich davon überzeugt, daß ein Zitat des Inhaltes **„Der Mensch stammt vom Affen ab, der Arbeiter darf nicht an Gott glauben" niemals in der „Bergarbeiterzeitung" gestanden hat.** 4. Der Versicherung der Leitung des Bergarbeiterverbandes, daß sie dem Flugblatt, in welchem Herrn Brust imputiert wird, er habe von den Unternehmern 30,000 Mark erhalten, völlig fern stehe, schenke ich Glauben.

Andererseits erklärt die Leitung des Bergarbeiter-Verbandes, daß sie nicht daran glaube, daß Herr Brust von den Unternehmern Geld erhalten habe, oder daß der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter durch einen „Goldonkel" unterstützt werde.

Schließlich wird versichert, daß beide Parteien **in Zukunft bemüht sein werden, die gewerkschaftliche Einigkeit der Bergarbeiter zu fördern** und dieselbe insbesondere durch persönliche Anfeindungen nicht zu stören.

Der vorstehende Vergleich soll im Wortlaut sowohl in der „Bergarbeiter-Zeitung", wie im „Bergknappen" veröffentlicht werden.

gez. Joh. Efferts. gez. Otto Hue.
gez. Heinr. Rürup. gez. Heinrich Hansmann.

Es handelte sich also um sechs Klagen, die gegen Rürup, das heißt gegen den Redakteur des christlichen „Bergknappen", angestrengt waren und nunmehr zurückgenommen sind. Der Vergleich ist nach der ehrlichen Zurücknahme der Beleidigungen jedenfalls das beste, was geschehen konnte und das Versprechen, in Zukunft dem geschlossenen Unternehmertum keine in kleinlichen Häkeleien zerrissene Arbeiterschaft mehr zu zeigen, ist durchaus zu begrüßen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 20. März.

* **Provinziallandtag für Schlesien.** Am Sonnabend, den 18. März, begannen die Verhandlungen bereits um 10¼ Uhr Vormittags und dauerten bis um 3½ Uhr Nachmittags. Das war natürlich ein schweres Stück Arbeit für die „erlauchten, edlen und geehrten Herren", die als Vertreter der Provinz über das Wohl und Wehe beraten sollen.

Die Vorlage des Provinzialausschusses betreffend die Vereinigung der beiden bisherigen Provinzial-Feuersozietäten zu einer Schlesischen Provinzial-Feuersozietät und den Erlaß eines Reglements für dieselbe wurde angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Abänderungen sollen berücksichtigt werden. Die Kommission hatte weiter eine Reihe von Abänderungsvorschlägen bezüglich des Reglements dem Landtage zur Annahme unterbreitet, die aber fast alle abgelehnt wurden. In der diesbezüglichen längeren Debatte drehte sich der Streit in der Hauptsache um den leitenden Direktor der Schlesischen Feuersozietät, welche Qualifikation er haben müsse, ob er aus den Kreisen der Landräte, Bürgermeister usw. gewählt werden sollte oder ob vor allem darauf zu sehen sei, daß der Leiter (Direktor) auf versicherungstechnischem Gebiete gründlich bewandert sei. Der Landrat von Schroeter hatte die Fragen aufgerollt und außer anderen Rednern nahm auch der Landeshauptmann Freiherr von Richthofen bestimmte Stellung. Er ging namentlich auf die Verhältnisse in Ostpreußen und Brandenburg ein, wo diese ähnlich lägen wie in Schlesien. Der Direktor müsse die große juristische Staatsprüfung bestanden, das heißt die Berechtigung zum Richter des höheren Verwaltungsdienstes haben. Auch war er der Meinung, daß der Direktor auf Lebenszeit gewählt werden müsse. Die Kommission wollte dagegen die Wahl vorläufig auf 6 Jahre festgestellt wissen. Der Landeshauptmann sprach schließlich den Wunsch aus, daß der Landtag es bezüglich des Direktors und der Organisation so belassen möge, wie der Provinzialausschuß beantragt. Das geschah denn auch mit dem Zusatz-Antrag der Kommission: Der Provinzialausschuß wird ermächtigt, etwaige von der Königlichen Staatsregierung noch verlangte Abänderungen, soweit sie nicht grundsätzlicher Natur sind, vorzunehmen. Als zur Abstimmung geschritten werden sollte, konnten sich Versammlung und Vorstand über den Modus nicht klar werden. Das gab ein originelles Schauspiel, als man die Hilflosigkeit dieser hochmögenden Herren beobachten mußte. Uns schwebten unwillkürlich geschickt geleitete Arbeiterversammlungen vor Augen, die als Vorbild für den Landtag hätten dienen können.

Der Etat der Heil- und Pflegeanstalt in Leubus für 1905 wurde in Einnahme und Ausgabe auf 223,950 Mk. festgesetzt. — Der Etat der Pensions-, Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke in Leubus für 1905 wurde in der ordentlichen Einnahme auf 115,189 Mk., in der laufenden Ausgabe auf 114,749 Mk., in der sonstigen Ausgabe auf 440 Mk. festgesetzt. Der Etat der Heil- und Pflegeanstalt in Brieg wurde in Einnahme und Ausgabe auf je 243,190 Mk. — Der Etat der Anstalt in Bunzlau auf insgesamt 367,750 Mk., der Etat der Anstalt in Plagwitz auf 304,600 Mk., der Etat der Kreuzburger Anstalt auf 366,930 Mk., der Etat der Anstalt in Rybnik auf 402,160 Mk., der Etat der Heil- und Pflegeanstalt in Tost auf 286,940 Mk. festgesetzt und der Etat der Heil- und Pflegeanstalt in Lüben wurde für die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis 31. März 1906 in Einnahme und Ausgabe auf je 55,800 Mk. bemessen. Dieser Etat soll gleichzeitig für 1906 gelten, aber er kann im Bedarfsfalle überschritten werden. — Der Etat der Heil- und Pflegeanstalt in Lublinitz für 1905 wurde in Einnahme und Ausgabe auf je 253,900 Mk. festgesetzt.

Der Landtag bewilligte ferner für den Bau und die Erweiterung von Provinzial-Irren-, Heil- und Pflegeanstalten (Lüben, Rybnik, Leubus und Lublinitz) insgesamt 2,760,000 Mk.

Der Hauptverwaltungsetat des Provinzialverbandes von Schlesien für 1905 wurde genehmigt, die Einnahmen auf 8,738,000 Mk., die fortlaufenden Ausgaben auf 8,569,600 Mk. und die einmaligen Ausgaben auf 186,400 Mk. festgesetzt. In der kurzen Debatte wurde von einem Redner der Wunsch laut, die Verteilung der Kinder in den Rettungshäusern möchte eine gleichmäßigere werden. Der Landeshauptmann verweist auf das Gesetz und erwiderte, daß eine schematische Verteilung schwer anordnen sei.

Zum Schluß der Sonnabend-Sitzung kam die bedeutendste aller Vorlagen zur Beratung. Es betrifft den Bericht des Provinzialausschusses über die Arbeiten zur Ausführung des Hochwasserschutzgesetzes vom 3. Juli 1900 im Jahre 1904. Im Berichtsjahre sind 5,400,000 Mark und in Summa bisher 9,220,000 Mark für den Ausbau der Flüsse in Schlesien, 151,300 Mark für Unterstützungsarbeiten und 208,200 Mark für Notstandsarbeiten ausgegeben worden.

Der Berichterstatter v. Schwerin verbreitete sich des längeren über die wichtigste Frage: das Flußkataster. Er führte unter anderem aus, daß nach früheren Beschlüssen des Provinzialausschusses die Verteilung der Lasten nach fünf Klassen geschah. Hiergegen hätten sich aber viele Petitionen gewandt und es sei deshalb die übliche Erhebung der Gelder vorläufig eingestellt worden. Der Ausschuß habe nunmehr eine andere Grundlage in objektiver und subjektiver Hinsicht geschaffen. Das Wesentliche sei jetzt, daß nicht mehr, wie bisher, die Uferbesitzer die Hälfte der Beitragslast, sondern nur etwa den neunten Teil, jedenfalls aber nicht mehr als jährlich 15 Mark vom Kilometer beiderseitiges Ufer zu bezahlen hätten. Eine gerechtere Verteilung der Lasten würde durch die neu geschaffene Grundlage Platz greifen. Die Verwaltung hoffe sogar, später eine weitere Entlastung eintreten zu lassen. Der Berichterstatter gibt zu, daß das bisherige Flußkataster Irrtümer enthalte und diese abgestellt werden müßten. Die Vorwürfe, daß die Verwaltung die Ortsbehörden und ferner keine Sachverständigen bei Schaffung des Flußkatasters hinzugezogen habe, weist Herr von Schwerin teils als unberechtigt zurück oder stützt sich auf die Vorschriften des Gesetzes. Redner gesteht, daß die Auferlegung einer Trockensteuer für die Deichverbände eine gewisse Härte enthalte. Eine Berücksichtigung ihrer Wünsche solle eintreten. Die größte Zahl der Petitionen (es sind 217 aus den Flußgebieten der Glatzer Neisse, des Queis, des Bober, der Katzbach und der Weistritz eingegangen) betone, daß die Lasten ungerecht verteilt seien und die besteuerten Orte keinen Nutzen von der Flußregulierung hätten. Sie wollen das Kataster deshalb abgeschafft wissen. — Unter den Petitionen seien auch solche, die sich überhaupt gegen den Flußausbau richten. Diese Wünsche würden wohl keinen Erfolg haben. Mancherlei Wünsche und Klagen hätten die Petenten bezüglich des ungleichmäßigen Ausbaus, der Art des Ausbaus, der mangelnden Beschleunigung desselben und endlich der Unterhaltungskosten vorgebracht. Es war unmöglich, in der Kommission auf alle Details einzugehen. Den Inhalt der Petitionen charakterisiert er im allgemeinen als Uebertreibung, als tendenziöse Agitation. Selbstverständlich sei es, daß ein so großes Unternehmen, wie die Durchführung des Flußkatasters, noch Unzufriedenheit und Mißstände hervorrufen müsse. Erst nach Jahren würde sich das ändern lassen.

Der Berichterstatter besprach zum Schluß noch kurz die 14 Anträge, die nach seiner Meinung einen „guten Kern" enthalten und ersuchte, diese dem Provinzialausschuß als Material zu überweisen.

Der Vortrag wurde mit lebhaftem Bravo aufgenommen. In eine Debatte trat die Versammlung wegen der vorgerückten Zeit nicht ein, sondern vertagte diese auf Montag Vormittag.

In der nächsten Nummer werden wir die angenommenen Beschlüsse bezüglich des Flußkatasters im Zusammenhange mit den Reden bringen, soweit sie wichtig erscheinen.

* **Neue Straßenbezeichnungen.** Auf Antrag des hiesigen Magistrats sind folgenden Straßen bezw. Straßenzügen folgende Namen erteilt worden und zwar:

1. dem Teil der Straße 32 des Bebauungsplanes der Südvorstadt, welcher vom Kaiser Wilhelmsplatz in westlicher Richtung bis zur Güter-Umgehungsbahn führt, die Bezeichnung: „Hardenbergstraße";
2. dem Teil der Straße 32, welcher vom Kaiser Wilhelmsplatz in östlicher Richtung am südlichen Ausgang der Hubenstraße vorbei bis zur Strehlener Chaussee (an Stelle des bisherigen Kräuterweges) führt, die Bezeichnung: „Steinstraße";
3. der Fortsetzung des Straßenzuges zu 2 von der Strehlener Chaussee durch die ehemalige Dorfgemeinde Dürrgoy über die Oberschlesische Eisenbahn hinweg bis zur Ohlauer Chaussee, westlich des Friedhofes von St. Bernhardin die Bezeichnung: „Schönstraße";
4. der Fortsetzung der Herdainstraße in südlicher Richtung durch das ehemalige Dorf Herdain (bisher Hauptstraße) ebenfalls die Bezeichnung: „Herdainstraße";
5. den beiden Verbindungsstraßen, welche von der Mitte bezw. von dem südlichen Ausgang des ehemaligen Dorfes Herdain in östlicher Richtung bis zur Strehlener Chaussee führen, die bisherigen Namen: „Cretiusstraße" und „Hellmuthstraße";
6. dem Teil der Chaussee nach Strehlen von der Steinstraße (zu 2) in südlicher Richtung bis zur Weichbildgrenze (Weg nach der Woischwitzer Düngemittelfabrik) die Bezeichnung: „Strehlenerstraße";
7. der bisherigen Dorfstraße von Dürrgoy von der Schönstraße (zu 3) ab in südlicher Richtung die Bezeichnung: „Dürrgoystraße";
8. der bisherigen Dorfstraße von Morgenau von der Straße „Am Weidendamm" ab in südöstlicher Richtung die Bezeichnung: „Morgenaustraße";
9. der vom Deiche an der nördlichen Seite des Scheitniger Parkes nach dem Dominium Leerbeutel führenden Straße die Bezeichnung: „Leerbeutelstraße".

* **Alt-Breslau im Bilde.** In die Ausstellung „Alt-Breslau im Bilde" im Kunstgewerbemuseum sind aus Privatbesitz noch nachträglich interessante Bilder und Porzellanvasen mit Breslauer Bauten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgenommen, u. a. zwei Aquarelle des Kreuzherrnhofes an der Schweidnitzerstraße und ein Glasbild „Dominsel" von Georg Kuhnt aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts. In die Abteilung der modernen Oelgemälde wurden eingereiht Bilder von Professor Irmann (Liebishöhe im Winter), Emil Müller (Inneres der Sandkirche), Margarete Trautwein (Aus der alten Anatomie). Die Ausstellung ist unentgeltlich geöffnet Sonntags von 11—4 Uhr, Wochentags von 10 bis 2 Uhr.

* **Vortrag Tschirn.** Donnerstag, den 30. März, Abends 8 Uhr, hält Herr Prediger Tschirn einen öffentlichen Vortrag im großen Saale des Konzerthauses. Da die Zeit der Schillerfeier ist, wird der genannte Redner sprechen über: „Friedrich Schiller und die Genialitätsreligion vor 100 Jahren." Eintrittskarten zum Saal im Vorverkauf 20 Pf., zu den Logen 50 Pf. bei Preuß und Jünger, Ring 52, Gottschalk, Sonnenplatz, Pringsheim, Gartenstraße. An der Kasse 25 resp. 60 Pf.

* **Im Leitartikel** der Sonntagnummer muß es in der zweiten Spalte, Zeile 7 von oben anstatt „Thron" richtig Absolutismus heißen.

* **Wegen fahrlässiger Tötung** wurde vorgestern das zwanzig Jahre alte Dienstmädchen Martha Peisker vom Schwurgericht zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklage hatte auf Kindesmord gelautet. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

* **Der Tierbestand des Zoologischen Gartens** hat am Freitage durch die Ankunft eines Schneepanthers ein ganz außergewöhnlich seltenes und prunkvolles Schaustück als Zuwachs erhalten. Die Heimat des Tieres sind die kalten Hochländer Innerasiens. Unser Exemplar, ein erwachsenes Weibchen, ist in einem großen Außenkäfige des kleinen Raubtierhauses untergebracht.

* **Unfälle.** Am 17. d. Mts. Nachmittags fiel auf der Kupferschmiedestraße von einem Rollwagen ein schweres Paket herab und

schlug einen Ausschänker zu Boden, so daß dieser für längere Zeit die Besinnung verlor. Eine 77 Jahre alte Witwe wurde auf der Ohlauerstraße durch ein Geschäftsdreirad umgerissen und erlitt eine Verletzung am Hinterkopf.

* **Zwei böse Schwindler** hat die Kriminalpolizei verhaftet. Es sind dies der Stellmacher Eduard Wache, welcher sich auch Paul Dölling nannte, und der Arbeiter Bruno Dölling. Beide hatten sich Anfang d. J. in Bremen kennen gelernt und reisten gemeinschaftlich nach Breslau. Wache, welcher sich als Bruder des Bruno Dölling ausgab, betrieb hierselbst alsbald Heiratsschwindeleien und suchte sich als Opfer größtenteils Dienstmädchen aus, denen er sich zumeist als höherer Eisenbahnbeamter vorstellte und ihnen die Heirat versprach. Nachdem Wache die Mädchen genügend darüber ausgehorcht hatte, daß sie Sparkassenbücher oder bares Geld besaßen, schwindelte er ihnen hohe Beträge ab. Nebenbei betrieb er mit Dölling ein flottes Geschäft in Diebstählen, Betrügereien und Unterschlagungen. Es wurden Waren auf Teilzahlung entnommen, wobei Wache die Leihverträge gewöhnlich mit Paul Dölling unterschrieb. Die entnommenen Gegenstände, Uhren, Fahrräder, Musikwerke und dergl. wurden dann zumeist verkauft. Wache und Dölling gingen gemeinschaftlich in Tanzlokale und entwendeten dort Ueberzieher und Hüte, von denen einige beschlagnahmt worden sind. Ferner wurden mit Beschlag belegt ein Buch Gedichte, Palmblätter, zwei Romane „Eine Vorbestimmung und das Verbrechen", „Liebe", eine silberne Damenuhr, ein Tintenfaß, eine Anzahl Ansichtskarten, eine goldene Damenuhr, ein goldener Damenring mit zwei blauen Steinen und verschiedenes Schuhwerk. Die Eigentümer dieser Sachen, sowie diejenigen Personen, die von Wache und Dölling irgendwelche Sachen gekauft oder angenommen haben, werden aufgefordert, sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden. Wache und Dölling hatten sich hier unangemeldet aufgehalten und standen eben im Begriff abzureisen, als sie hier durch zwei Kriminalbeamte verhaftet wurden. Wache machte bei seiner Einlieferung in das Polizeigefängnis einen Fluchtversuch, der aber mißlang.

* **Einen Menschen erschlagen und freigesprochen!** Unter der schweren Anklage der vorsätzlichen Tötung eines Menschen stand der frühere Gastwirt Joseph Jaleyki in Tänzerei, Kreis Wohlau, vor dem Breslauer Schwurgericht. Nach dem am 9. Dezember v. J. in Rawitsch abgehaltenen Pferdemarkte hatte er einen für seine Verhältnisse lebhaften Zuspruch von Pferdehändlern, welche Abends bei ihm einkehrten. Dazu gesellte sich schließlich auch eine Gaunergesellschaft, die im eigenen Wagen nächtigen konnte, aber Stallung für die Pferde brauchte. Alle Anwesenden versammelten sich um einen runden Tisch in der Mitte des Lokals und plauderten anfangs friedlich. Als sich die zu den „Künstlern" gehörenden Frauen entfernt hatten, entstand aber plötzlich vor dem Wirtshaus ein heftiger Streit; einige Pferdehändler waren mit Gaunern in Konflikt geraten, sodaß der Gastwirt einschreiten mußte. Da es ihm mit Worten nicht gelang, die Ruhe herzustellen, drohte er, die Polizei verständigen zu wollen; der Erfolg war, daß er nun selbst angegriffen wurde und sich nur durch die Flucht in sein Schlafzimmer, das er innen verriegelte, vor argen Mißhandlungen schützen konnte. Die Hauptraufbolde gehörten der Gaunergesellschaft an und hießen Richard und Hugo Heilig. Als die unheimlichen Gäste inzwischen sämtlich wieder ins Lokal zurückgekehrt waren, bemerkte Jaleyki durch eine Fensterscheibe in der Schlafzimmertür, daß sich Hugo Heilig den Rock auszog, die Aermel aufkrempelte und mit einem aus dem Stiefel gezogenen kleinen Beil auf die Gäste eindrang. Auf deren Hilferuf trat er wieder ins Schankzimmer und verbot dem Heilig das Lokal, mußte aber augenblicklich die Tür wieder verschließen, da er selbst mit Todschlag bedroht wurde. Es war inzwischen 11 Uhr geworden und die Gebrüder Heilig hatten sich entfernt mit der Ankündigung, daß am nächsten Morgen das Leben des Gastwirts zu Ende sei. Am Morgen des 10. Dezember gegen 6 Uhr drangen sie aber wieder in das Gastzimmer ein und Hugo Heilig griff, wie der Angeklagte behauptete, diesen, der sich gerade im Ausschank befand, nach kurzer Auseinandersetzung tätlich an. Jaleyki hatte sich aber schon vorbereitet auf einen solchen Angriff, indem er eine Axt im Schankraum niederlegte, um sich schlimmsten Falles verteidigen zu können. Diesen Augenblick glaubte er bei dem erneuten Angriff gekommen; er faßte nach der Axt und schlug zu. Der Schlag war nach der Schulter des Heilig gerichtet, traf aber dessen rechtes Stirnbein, zerschmetterte es und führte nach mehreren Stunden zum Tode des Getroffenen. Die Geschworenen verneinten sowohl die Schuldfrage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödlichem Ausgange: das Urteil des Gerichtshofs lautete deshalb auf Freisprechung.

* **Von der Feuerwehr.** Am 16. d. M. explodierte in einer Wohnung Matthiasstraße 10 ein Spirituskocher, wodurch eine Bank und Wäschestücke in Brand gerieten. Aus derselben Ursache entstand in der Wohnung eines Schneidermeisters, Schweizerstraße 10, ein Zimmerbrand. Beide Brände wurden ohne Hilfe der Feuerwehr gelöscht. — Am 17. d. M. Abends wurde die Feuerwehr nach Kleine Scheitnigerstraße 60 gerufen, wo durch ein niedergebranntes Licht ein Zimmerbrand entstanden war.

* **Ein Unbeutreich** wurde in diesem Winter dem Schiffseigner Rütter aus Treichen gespielt, dessen Fahrzeug in der alten Oder (Margareth) seinen Winterstand hatte. Wie sich bei dem Tauwetter herausstellte, war in das Hinterschiff ein Loch gebohrt. Wäre der starke Frost nicht gewesen, so hätte das Schiff schon im Winter sinken müssen.

* **Vermißt** wird seit dem 14. d. Mts. die 26 Jahre alte Frau Pauline Hempe, welche Klosterstr. 130 gewohnt hat. Seit demselben Tag wird der 15 Jahre alte Laufbursche Fritz Knorr, Ernststraße 1, vermißt. Ferner wird seit dem 16. d. Mts. das 14 Jahre alte Mädchen Rosalie Blewnia, dessen Eltern Fürstenstraße 79 wohnen, vermißt.

* **Gestohlen** wurde einem Restaurateur in einer Ausspannung auf der Klosterstraße ein Pferdegeschirr mit versilbertem Beschlag, einer Witwe zwei Trauringe, gez. A. K. und F. S., und von einem Wagen ein Wandbrett.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 17. d. Mts. 27 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein Zehnmarkstück und eine silberne Damenuhr. — Abhanden kamen: ein Ohrring mit einer Perle und einem Brillanten, ein goldener Ring mit einem Diamanten und ein Portemonnaie mit 3 Mk. — Am 13. d. M. hat ein auf der Bohrauerstraße wohnender Droschkenführer von einem unbekannten Fahrgast ein Zehnmarkstück anstelle eines Fünfzigpfennigstückes in Zahlung erhalten. — Mit Beschlag belegt wurde ein falsches Zweimarkstück mit der Jahreszahl 1876. — In der Nacht zum 17. d. M. wurde Universitätsplatz 15 a eine Schaufensterscheibe zertrümmert.

Schweidnitz, 20. März. Genickstarre überall! Die unheimliche Seuche ist nun auch in hiesiger Gegend zum Ausbruch gekommen. In Kaltenbrunn erkrankten unter bezüglichen verdächtigen Erscheinungen in einer Familie drei Personen. Durch den Arzt wurde festgestellt, daß es sich um epidemische Genickstarre handelt und diese Feststellung ist durch den Kreisarzt bestätigt worden. Ein Fall verlief bereits tödlich und zwar erlag dieser furchtbaren Krankheit ein Kind.

Grünberg, 20. März. Genickstarre überall! In Droisehndau, Kreis Fraustadt, ist bei dem zwanzigjährigen Sohne der Witwe Walter die Genickstarre festgestellt worden. Das Gehöft wurde abgesperrt. Der unheimliche Gast hat sich demnach auch in Niederschlesien eingefunden.

Liegnitz, 20. März. Ungetreuer Arbeiter. Wegen Unterschlagung in der Gewerkschaftskasse hatte sich der Zuschneider Adolf Wende von hier vor der Strafkammer zu verantworten. Er war seit 1901 Kassierer der Schuhmacherverbandskasse, Zahlstelle Liegnitz. Außerdem bestand für die Kassenmitglieder noch eine Sparkasse, die er auch zu verwalten hatte. Bereits Ende 1904 fehlten dem W. in der Verbandskasse 200 Mark, die er sich zum Ausgleich von einem Mitgliede borgte, um sie diesem nach und nach wieder zurückzuzahlen. Da ihm dies aber bis zur nächsten Revision nicht möglich war und wieder Geld fehlte, so machte er zur Abwechselung eine Anleihe bei der Sparkasse und dann wieder bei der Verbandskasse und so fort. Endlich erfolgte der Zusammenbruch, er konnte einer Anzahl Sparern im Dezember 1904 ihr Geld in Höhe von 218.15 Mark nicht zahlen, auch nicht, nachdem er sie unter allerhand Ausreden eine Weile hingezogen hatte. Die Mitglieder wurden mißtrauisch und ihm wurden die Kassen abgenommen; am 13. Januar sollte die Uebergabe stattfinden. Als die dazu bestimmte Kommission erschien, hieß es plötzlich, in der Wohnung des Angeklagten habe ein Schadenfeuer stattgefunden; es sollte ihm beim Zählen des Geldes, das er auf dem Reisekorb ausgebreitet habe, die Lampe aus der Hand gefallen und explodiert sein, dabei seien ihm unter anderen Sachen auch zwei Hundertmarkscheine mit verbrannt. Die Kommission mußte also unverrichteter Sache wieder abziehen, aber am anderen Morgen lieferte W. 70.50 Mark ab und am 17. Januar folgten 100 Mark, die er sich geborgt hatte. Er hatte im ganzen zirka 550 Mark veruntreut. Auch seine Buchführung soll sehr mangelhaft gewesen sein, sodaß sich die Kommission schlecht zurecht finden konnte. Am 18. Januar wurde er verhaftet. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu 1 Jahr Gefängnis und sofortige Verhaftung, die bisher erlittene Untersuchungshaft wird ihm auf diese Strafe als verbüßt angerechnet.

Bunzlau, 18. März. Die Kirche weicht zurück. Seit langen Jahren herrschte hier der Brauch, die Kinder der katholischen Schule erst am sogenannten „weißen Sonntage" also dem Sonntage nach Ostern, zur ersten heiligen Kommunion zu führen. Nun hat die Kgl. Regierung zu Liegnitz angeordnet, daß, von diesem Jahre an, das alte Schuljahr mit dem 31. März schließt, sodaß also an diesem Tage die Schüler, die ihrer Schulpflicht genügt haben, zu entlassen und nun soweit ihr Verhältnis zur Schule gelöst wird, während der den Kommunionunterricht erteilende Geistliche verlangt, daß die schon entlassenen Schüler bis zum Empfange der heiligen Kommunion den diesen vorbereitenden Unterricht weiter besuchen! Viele Kinder treten aber schon zum 1. April in ein Lehr- oder Dienstverhältnis. Es können nun Schwierigkeiten eintreten, welche es den Kindern nicht ermöglichen, den Unterricht zu besuchen. Ein Zwang kann aber auf die bereits schulentlassenen Kinder nicht ausgeübt werden. Da sich nun die meisten jungen Leute vom ferneren Religionsunterricht herzlich wenig versprechen und deshalb die „Befehle" der Geistlichen ignorieren, blitzte meist die Geistlichkeit mit ihrem Bestreben ab. Die Nutzlosigkeit desselben scheint sie nun endlich selbst eingesehen zu haben, denn soeben wird mitgeteilt, daß sie mit dem alten Brauche gebrochen und daß seitens des katholischen Pfarramts bestimmt worden ist, daß die Kinder bereits Sonntag, den 16. d. M., kommuniziert werden. Auch die Kinder der evangelischen Schulen werden einige Tage vor dem 1. April aus denselben Gründen konfirmiert werden.

Da es leider immer noch viele gibt, die der irrigen Meinung sind, die Geistlichkeit könne die Konfirmierten zwingen, noch nach der Entlassung aus der Schule Religionsübungen über sich ergehen zu lassen, ist das vernünftige Zurückweichen der Geistlichkeit nur zu begrüßen.

Brieg, den 18. März. Zur Beachtung! Alle diejenigen Genossen, die noch Parteimarken haben, werden ersucht, dieselben abrechnen und an untenstehende Adresse abgeben zu wollen. K. Brieger, Uferstraße 6, 1. Etage.

Gleiwitz, 15. März. Die Steuerschraube ohne Ende. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung erstattete der Erste Bürgermeister Mentzel den Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten. Dieser brachte — zum wievielten Male? — die unangenehme Eröffnung von der Notwendigkeit einer beträchtlichen Erhöhung der Kommunalsteuerzuschläge, die gegenwärtig 220 Prozent zur Einkommensteuer und 230 Prozent zu den Realsteuern betragen. Die Hauptschuld daran trägt angeblich das enorme Anwachsen der Schullasten, die sich in den letzten zehn Jahren mehr als vervierfacht haben. Die Abnahme der Steuerkraft hat ihren Grund vor allen in dem Wegzuge steuerkräftiger Bürger aus der ersten Abteilung und dem Wegfall industrieller Steuerquellen infolge der immer noch darniederliegenden Konjunktur. Dabei ist ein weiteres Anwachsen der Steuern in sicherer Aussicht, denn gerade jetzt steht die Stadt vor einer Reihe wichtiger und unaufschiebbarer Aufgaben. Die Schulen sind überfüllt, in den nächsten Jahren müssen zwei neue Schulen gebaut werden. Festgelegt oder schon in Angriff genommen sind außerdem: die Kledniczregulierung, die Kanalisation, der Rathausbau, die Mittelschule und die Erweiterung des städtischen Krankenhauses.

Gleiwitz, 20. März. Ein seltsames Schauspiel wird, nach einem Berichte des „Berl. Tagebl.", gegenwärtig der protestantischen Welt von der katholischen Gemeinde zu Schönwald im Kreise Gleiwitz bereitet. An der dortigen Kirchhofsmauer, unmittelbar neben der katholischen Kirche ist zur Herzstärkung der Gläubigen eine öffentliche Bekanntmachung angebracht worden, die folgenden, an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassenden Wortlaut hat:

„In unserer Eigenschaft als Kirchenvorsteher geben wir den geehrten Gemeindeinsassen zur Kenntnis, daß wir dem Herrn Pfarrer Zielonkowski seinerzeit schriftlich erklärt haben, wir unterhandeln mit ihm nicht mehr, wie es für uns überhaupt ein verblüffendes Rätsel sei, daß er angesichts der ungeheuerlichen Anklagen, die wir gegen seine Person an hoher Stelle erhoben haben, noch den Mut besitzen kann, uns unter die Augen zu treten. Trotz dieser Erklärung nimmt der Herr Pfarrer Zielonkowski immer und immer wieder Veranlassung, uns zur Unterhandlung mit ihm aufzufordern. Weiter geben wir bekannt, daß sich der Herr Pfarrer Zielonkowski in Gegenwart des Herrn Erzpriesters geweigert hat, die Rechnungen über den Kirchbau zur Prüfung herauszugeben. Auf Grund dessen und Bezug nehmend auf unseren früheren Aushang, bitten wir nochmals dringend, dem Herrn Pfarrer Zielonkowski keine Baugelder mehr abzuführen."

Bei der scharfen Disziplin, die innerhalb der katholischen Gemeinden zu herrschen pflegt, muß es in der Tat weit gekommen sein, wenn eine Gemeinde in dieser energischen Weise und Form — durch öffentliche Aushänge an geweihtem Orte — Sturm gegen ihren Seelsorger läuft.

Beuthen, 15. März. Eine selbstverständliche Maßregel hat der neue Zollkammerdirektor Meinikow an der Modrzejower Grenzbrücke getroffen. Er verbot jedes Betasten der die Zollkammer passierenden Frauen durch die Zollaufseher auf das Strengste. Verdächtige Frauen werden in der Kammer durch Frauen und die Männer durch Männer visitiert. — Schlimm genug, daß der bisherige Zustand so lange bestehen konnte!

Königshütte, 16. März. Einverleibung. Ueber die Lostrennung der Gemeinde Neu-Heiduk aus dem gemeinsamen Amtsverbande mit der Nachbargemeinde Bismarckhütte und einer etwaigen Eingemeindung von Neu-Heiduk zu Königshütte berieten die Gemeindevertreter. Zwischen Gemeindevertretung und Aufsichtsbehörde bestehen insofern Differenzen, als die erstere bei der Bildung eines eigenen Amtsbezirks ihren bisherigen Gemeindevorsteher zum Amtsvorsteher zu wählen wünscht, der beide Funktionen im Ehrenamt verwalten soll; die letztere hingegen dringt auf die Ernennung eines kommissarischen Amtsvorstehers. Die Gemeindevertreter beschlossen, falls die Ernennung eines ehrenamtlichen Gemeindevorstehers nicht genehmigt werde, die Eingemeindung zu der Stadt Königshütte zu betreiben, da diese der Gemeindeverwaltung von Neu-Heiduk darauf hinzielende Anträge gemacht und die Zusicherung gegeben haben soll, die Gemeinde 15 Jahre lang auf dem jetzigen Steuerzuschlage von 110 Prozent (Königshütte hat 225 Prozent) zu belassen.

Kattowitz, 18. März. Gemütliche Kommunalzustände scheinen im benachbarten Chropaczow zu herrschen. Dort war die Stelle des Gemeindevorstehers öffentlich ausgeschrieben. An 80 Bewerber meldeten sich bei der Gemeinde. Der Landrat aber ließ diese erst garnicht zu einer Entscheidung kommen, sondern — lehnte eigenmächtig alle 80 ab! Man lese nur, was dem „O. T." dazu mitgeteilt wird: „Der Landrat hatte sich sämtliche Bewerbungsgesuche zuschicken lassen und ist nach mehrwöchentlicher Prüfung (!) zu der Ueberzeugung gelangt, daß sich unter den 80 Bewerbern kein einziger befindet, der sich für die Stelle eignet. Unter den Reflektanten befinden sich 6 Juristen, darunter einer vom Kammergericht Berlin. Der Rat des Landrats (!) geht dahin, die Gemeinde solle die Stelle noch einmal und zwar mit einem höheren Gehalt ausschreiben, damit sich andere Bewerber melden, die sich besser qualifizieren. Das Grundgehalt, das zur Ausschreibung gelangt ist, beträgt 2400 Mk. Die Gemeinde ist über diesen Punkt anscheinend anderer Ansicht. Im Laufe der nächsten Woche wird eine Gemeindevertretersitzung stattfinden. Diese soll sich mit der Wahl einer Kommission befassen, der die Sichtung der Bewerbungsgesuche und die Auswahl der Reflektanten für die engere Wahl übertragen werden soll."

Man kann nun neugierig sein, ob die Gemeinde gewillt ist, die garnicht maßgebende Meinung des Landrats zu der ihrigen zu machen oder ob sie, wie sichs gehört, erklärt: Herr Landrat, wir sind es, die den Mann bezahlen müssen, wir wollen es auch sein, die ihn aussuchen.

Aus der Provinz Posen.

* **Verpflichtung zur Teilnahme an sonntäglicher Feuerwehrübung.** Aus dem Kammergericht in Berlin wird uns geschrieben: In Wreschen besteht eine durch Ortsstatut errichtete Pflichtfeuerwehr. Bei einer Wehrübung, die Sonntags stattfand, waren mehrere Feuerwehrmitglieder (Swarcz und Genossen) nicht erschienen. Sie sollten dadurch die zur Durchführung des Feuerlöschdienstes erlassene Polizeiverordnung übertreten haben. Sie beriefen sich dagegen auf ihr religiöses Empfinden und auf die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Posen, welche die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage betrifft und für Sonn- und Feiertage alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verbietet. Das Landgericht sprach sie denn auch mit Rücksicht auf diese Verordnung frei und meinte, sie hätten Sonntags nicht zur Feuerwehrübung gehen brauchen, da sie ja sonst gegen die Verordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage verstoßen hätten.

Das Kammergericht hob jedoch das Urteil am 16. März wieder auf und verwies die Sache zu anderweiter Entscheidung an die Vorinstanz zurück. Das Kammergericht ging davon aus, daß die Verordnung zum Schutze der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage hier nicht in Betracht komme. Derartige Verordnungen finden auf Handlungen, die unter staatlicher Autorität vorgenommen würden, überhaupt nicht Anwendung.

* **Soldatenpeiniger und kein Ende!** Vor dem Kriegsgericht der 4. Division in Bromberg hatte sich der Unteroffizier Hermann Buschkowski von der 12. Komp. 14. Inf.-Regts. wegen **Mißhandlung von Untergebenen** zu verantworten. Als B. am Morgen des 7. Februar seine Leute um 5 Uhr weckte, befahl er ihnen, die Drillichjacken bis 6 Uhr zu waschen, was von ihnen auch ausgeführt wurde. Als der Angeklagte dann um 6 Uhr in der Stube erschien, ließ er sich von dem Musketier Heyder die Drillichjacke zeigen. Diese war, da derartige Sachen nicht mit Gewalt getrocknet werden können, noch naß und hing an einer Bettpfoste. Der Unteroffizier nahm nun die Jacke und schlug sie Heyder dreimal um den Kopf. Dann ließ er sich von ihm sein Putzzeug, das in einer Zigarrenkiste lag, zeigen und fand, daß H. keine Wichse hatte. Voll Aerger hierüber warf der Angeklagte die Kiste dem H., der sich einige Schritte entfernt hatte, an die Schulter. Der Angeklagte erhielt — acht Tage Mittelarrest. Er wird sich über das Urteil kaum beklagen.

Bromberg, 18. März. Achtung! Genossen, die noch im Besitz von Sammellisten für streikende Bergarbeiter sind, werden ersucht, diese umgehend im Arbeitersekretariat abzugeben.

Bromberg, 15. März. Vor dem Gewerbegericht klagte der Fabrikbesitzer O. Trennert gegen den Fliesenleger M. auf Herausgabe von zu viel ausgezahlten Geldes in Höhe von 92.87 Mk. Beklagter wurde vom Kläger zur Verrichtung von Arbeiten viel nach außerhalb geschickt. Die Arbeiten, die Kläger leistete, wurden größtenteils im Akkord gemacht. Da nun Kläger mit Beklagtem längere Zeit nicht verrechnete und Kläger während der Zeit, die er im Akkord stand, auch Arbeiten im Stundenlohn ausführte, so rechnete Kläger die Stunden, die Beklagter im Lohn arbeitete, mit zu dem Akkord an, wodurch auch zum Teil die Differenz entstand, die Beklagter jedoch vollständig durch die Zeit, die er im Stundenlohn gearbeitet hat, ausgeglichen wissen will. T., der die Angaben des M. in Abrede stellte, gibt zu, daß Kläger wohl einige Zeit im Lohn gearbeitet haben möge, wofür er auch im Termin 10 Mk. in Abzug brachte, sodaß die Forderung noch 82.87 Mk. ausmachte. Beklagter wird zur Zahlung von 82.87 Mk. verurteilt.

Der Gelbgießer R., gegen den der Fabrikbesitzer P. Pozorski auf Entschädigung wegen Nichtinnehaltung der Kündigungsfrist in Höhe von 12 Mk. klagte, wurde verurteilt, an Kläger die strittige Summe zu zahlen.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes wurde die ledige Wäscherin Iskalla in **Ratibor** in Haft genommen. Die Verhaftete wurde am 23. v. Mts. von einem Kinde entbunden, ohne daß sie hierbei die Hilfe einer Person in Anspruch genommen hätte. Das Kind blieb verschwunden. Auf eine bei der Polizei eingegangene Anzeige ließ diese nach dem Kinde forschen und die Iskalla verhaften. Diese gab an, sie sei vorzeitig entbunden worden und habe die Frühgeburt auf dem Altendorfer Friedhofe vergraben. Trotz alles Suchens wurde dieselbe aber dort nicht gefunden. Nunmehr wurde die Wohnung der Iskalla einer eingehenden Durchsuchung unterzogen und dort fand man die Leiche des Kindes, und zwar eines vollständig lebensfähigen, in einer Fensternische, wo sie seit dem 23. Februar, also fast drei Wochen, versteckt war. Die Anzeichen sprechen für einen Mord, die Verhaftete selbst will sich nur einer fahrlässigen Tötung schuldig gemacht haben. — Wegen schwerer Beamtenbeleidigung wurde in **Hohensalza** der bereits 102 Mal vorbestrafte Winkelkonsulent Friedrich Stenzel zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Am Freitag stürzte in **Salesche**, Kreis Groß-Strehlitz, die Hälfte des Turmes der Kirche ein. Das Unglück hatte keine weiteren Folgen. Die Kirche ist massiv gebaut, das Gewölbe stark beschädigt. — Die Häuslersfrau Bialek in **Oberglogau** ist plötzlich verstorben. Der den Tod bescheinigende Arzt hat den Fall als typhusverdächtig der Polizeibehörde angezeigt. Hierzu bemerkt die „Oberglog. Ztg.", daß bereits ein Typhuskranker im Oberglogauer städtischen Krankenhause behandelt wird, und daß zwei weitere Typhusfälle in Dirschelwitz festgestellt worden sind. — Die gerichtsärztliche Sektion der Leiche des im Entree seines Ladens erhängt aufgefundenen Viktualienhändlers Sodzawitza in **Zawodzie** ergab, daß S. erwürgt und dann, um den Anschein eines Selbstmordes zu erwecken, an dem Rohr der Wasserleitung aufgehängt worden ist. Die vermutlichen Mörder, die Frau des S. und der Fleischer Bulla aus Laurahütte, wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. — In **Grünberg** ist der Kutscher Pfennig von seinem mit Langholz beladenen Wagen während der Fahrt hinuntergefallen und überfahren worden. Die rechte Brustseite ist ihm zerquetscht worden, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten ist. — Der Brauereibesitzer Bogatsch in **Lissa** hatte seinen Kutscher mit Bier über Land geschickt. Früh standen die Pferde mit dem Wagen vor dem Stall, doch der Kutscher fehlte. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt und man fand den Kutscher mit zerquetschtem Schädel tot auf der Chaussee im Reisener Walde liegen. Die Geldtasche mit Inhalt war unverletzt. Man nimmt an, daß der Kutscher eingeschlafen, vom Wagen gefallen und überfahren worden ist. — Der Bahnwärter Leske ist bei **Gnesen** vom Zuge überfahren und vollständig zermalmt worden.